

# Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Zusteller monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Mittwoch, den 22. Juni 1921.

28. Jahrgang.

## Der Münchener Mord vor der bayerischen Kammer.

München, 22. Juni. (Freiheit.)

Zur Begründung der Gareis-Interpellation im Landtage führte der Unabhängige Neumann gestern aus:

Die Versuche der bürgerlichen Presse, die Motive des Mordes in einer Liebesangelegenheit oder einer sonstigen unpolitischen Sache zu suchen, seien nur Versuche, die Spuren der Täter zu verwischen. Gareis war der einzige Zeuge, der in dem Mordprozess gegen Böhm-Pollinger den Mördern gefährlich werden konnte. Deshalb und weil er das Treiben der Einwohnerwehren in aller Deffektivität rückwärtslos geisterte, wurde Gareis ermordet. Wenn aber die Zeitungen der Rechten offenen Mord predigen und die Methoden der italienischen Faschisten empfehlen, dann vergessen Sie nicht (zu der Rechten des Hauses), daß die italienischen Arbeiter sich diesen Methoden, mit denen man sie bekämpfte, anpassen mußten und das Faschistengefährdeter niedergeschossen und aufgehängt haben, wo sie seiner habhaft wurden. Wenn Sie immer Mord predigen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn ihre eigene Methode eines Tages sich gegen Sie wendet.

München, 22. Juni. (Vorwärts.)

Bei der gestrigen Erörterung der unabhängigen Gareis-Interpellation im bayerischen Landtage ergriff Saenger für die Mehrheitssozialisten das Wort. Die Hauptfrage sei, ob die bayerische Staatsregierung nicht alles unterlassen habe, was den Geist und der Gewalt des Mordes besser eindämmen könne. Unter Zeichen der Erregung des Hauses rief Saenger dem Justizminister Roth zu: „Wenn Sie einmal aus dem Amt gegangen sind, dann wird sich erst der Schaden zeigen, den Sie angerichtet haben!“ Dinge, wie die Aufforderung an die Richter zum Ungehorsam gegen die Reichswehr sind nicht reparabel.

Um 1/9 Uhr abends wurde die Sitzung abgebrochen. Damit wurde die Erklärung des Ministerpräsidenten und der Regierungsparteien auf Mittwoch vormittag vertagt.

## Ermittlungen im Fall Saenger.

Neue Verleumdungen der bürgerlichen Presse.

München, 21. Juni. („Vorwärts“.) Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen ist es gelungen, den Täter, einen Kaufmann Körner, der den Ueberfall auf den Abg. Saenger ausübte, zu ermitteln. Ueber seine Person ist im Augenblick noch nichts Näheres bekannt. Bei seiner ersten Vernehmung gab der Täter an, aus der betreffenden Versammlung herausgeworfen worden und durch die Beifallsäußerungen der Begleiterinnen Saengers gereizt worden zu sein.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bemühen sich, auch diesen Fall im reaktionären Sinne auszuschlachten, indem sie den Genossen Saenger in ihrem heutigen Artikel unter der Ueberschrift „Die bayerische Mörderzentrale“ verhöhnen. Ebenso unwahr wie nach der Ermordung des Abg. Gareis wird auch hier versucht, dem Attentat eine Liebesaffäre zu unterziehen und die sozialdemokratischen Führer als „gewissenlose Aufsteißer der Arbeiterschaft im Interesse der eigenen Popularität“ hinzustellen. Die Fühnung der Untersuchung durch die Polizeidirektion hat bei den daran Beteiligten den Eindruck erweckt, daß eine Lösung der Affäre Saenger im Sinne einer neuen Klassenhege gegen die Arbeiterschaft und einem innigen Zusammenarbeiten zwischen Polizeidirektion und Reaktion herbeigeführt werden soll.

Genosse Saenger teilt uns mit, daß die Verwandlung des Ueberfalls in einen Akt der Eifersucht jeder Grundlage entbehre, und daß er sich in Begleitung seiner nächsten Familienangehörigen und der Gattin eines hohen richterlichen Beamten sowie deren Tochter befunden habe. Die Anrede Körners, er sei durch Freudenansprüche der weiblichen Begleiter über seinen Hinauswurf gereizt worden, erklärt Genosse Saenger für eine böswillige Unterstellung.

## Die Mietsteuer.

Von Wilh. Solmann.

Gestern besprachen wir an dieser Stelle das zur Beratung stehende Reichsmietengesetz und nahmen dabei Bezug auf die beabsichtigte Mietsteuer. Da auch dieser Gesetzentwurf noch vielen unbekannt sein dürfte, veröffentlichen wir nachstehende Ausführungen des Genossen Solmann, der dem Wohnungsausschuß des Reichstages als einer der ersten Sachkenner angehört. (Red. d. Volksb.)

Die Mietsteuer, die unter dem Titel „Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues“ dieser Tage vom Reichstage angenommen werden wird, hat den Wohnungsausschuß der deutschen Volksvertretung weit über ein Jahr in vielen Sitzungen beschäftigt. Diese lange Dauer der Beratungen lag in den Schwierigkeiten der Veranlagung und der Erhebung dieser Steuer, in dauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und den Ländern über die Gestaltung der Abgabe, vor allem aber in dem jähren Bemühen unsere Partei, die leistungsfähigen Schichten in Stadt und Land unter die Steuer zu zwingen und die Zwergeneinkommen möglichst von ihr zu entlasten. Auf der anderen Seite stand der Wille der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und einzelner Abgeordneten der Mittelparteien, Industrie, Handel und Gewerbe, am meisten aber die Landwirtschaft zu schonen, indem man die der Erzeugung und Verwertung dienenden Gebäude von der Abgabe befreien wollte. Um so schärfer hätten natürlich die Mieter herangezogen werden müssen. In dem sehr entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie scheiterte im Ausschuß dieses Bestreben, das die Dachstube der Heimarbeiterin besteuert, das Privatkontor des Milliardärs aber steuerfrei gelassen haben würde. Die Deutschnationalen haben zwar ihren mieterfeindlichen Antrag auch in der Vollversammlung des Reichstages wieder eingebracht. Er hat indes nur den Wert, für das anti-soziale Wesen dieser Partei einen neuen Beweis zu liefern. Angenommen wird er nicht.

Wen trifft nun und was bezweckt die Mietsteuer? Sie wird von den Nutzungsberechtigten aller Gebäude erhoben, die vor dem 1. Juli 1918, also im Wesentlichen noch zu normalen Baupreisen, fertiggestellt sind. Demnach müssen nicht nur die Mieter die Abgabe entrichten, sondern auch die Hausbesitzer für die von ihnen zur Benutzung in Anspruch genommenen Gebäudeteile; aber auch für Fabrikgebäude, Kontorräume, Werkstätten, Lagerhäuser, Scheunen, Ställe usw. muß die Steuer bezahlt werden. Befreit sind u. a. die für öffentliche Zwecke bestimmten Gebäude des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, die Kirchen, aber auch solche Gebäude, die den Zwecken eines der Volkswohlfahrt fördernden Unternehmens auf gemeinnütziger Grundlage dienen. Dazu gehören auch Volkshäuser, Jugendheime, Herbergen, Landheime usw., wenn sie gemeinnützig betrieben werden.

Nicht das Reich, sondern die Länder erheben die Steuer. Es steht ihnen frei, ob sie der Steuer die Form einer Abgabe vom Grundvermögen oder einer unmittelbaren Mietsteuer geben wollen. Im ersten Falle wird die Steuer von den Besitzern der Gebäude erhoben, die den Betrag dann auf die Nutzungsberechtigten (Mieter, Pächter — aber auch sich selbst) umlegen. Im zweiten Falle wird die Steuer unmittelbar von den Nutzungsberechtigten der Gebäude eingezogen. Sie beträgt dann 5 v. H. des Nutzungswertes. Dazu müssen die Gemeinden 5 v. H. Zuschläge erheben. Mit Genehmigung der obersten Landesbehörde kann der Gemeindezuschlag bis auf 10 v. H. erhöht werden. Wichtig ist, daß der Abgabe der Vorsteuergewert (1. Juli 1914) der Gebäude oder Gebäudeteile zugrunde gelegt wird. Kleinrentnern und solchen Steuerpflichtigen, die durch Krankheit oder Erwerbslosigkeit in ihrem Einkommen stark geschmälert werden, wird die Steuer auf Antrag zurückerstattet.

Zwei rohe Beispiele für die Wirkung der Steuer:

1. Ein Land bringt die Abgabe durch Grundsteuer auf, wobei nur bebauten Grundstücke getroffen werden dürfen. Die auf ein Haus in bestimmten Werte entfallende neue Steuer beträgt 200 Mk. jährlich. Der Besitzer bewohnt die Hälfte des Hauses, zwei Mieter je ein Viertel. In diesem Falle werden die 200 Mk. Abgabe vom Besitzer erhoben, der 100 Mk. aus eigener Tasche zahlen muß und je 50 Mk. von den beiden Mietern einziehen kann. Die Gemeindezuschläge regeln sich entsprechend.
2. Ein Land erhebt die eigentliche Mietsteuer. Die Steuerbehörde stellt den Mietwert der Gebäude und Gebäudeteile am 1. Juli 1914 fest. Ein Haus hat vier Wohnungen. Die vom Hausbesitzer benutzten Räume hatten am 1. Juli 1914 einen Mietwert von 900 Mk. jährlich, die von den drei Mietern benutzten Räume von je 500 Mk. jährlich. In diesem Falle erhebt das Land von dem Vermieter 45 Mk., von den drei Mietern je 25 Mk. jährlich (5 v. H.). Durch den Gemeindezuschlag wird die Steuer verdoppelt.

Nehmen wir an, daß die Arbeiter, über das ganze Land genommen, am 1. Juli 1914 durchschnittlich 30 bis 40 Mk. monatliche Miete zahlten, so haben sie also, gleich nach welcher Form die Abgabe erhoben wird, mit einer Mietsteuer von 3 bis 4 Mk. monatlich zu rechnen.

## Oberschlesien.

Die Stimmung im Industriegebiet.

Oppeln, 20. Juni.

Augenblicklich läßt sich über die Stimmung im Industriegebiet keine allgemein gültige Meinung fassen, da die Polen Düngeungen, die ihnen unangenehm sind, mit rücksichtsloser Drangsalierung durch bewaffnete Insurgenten beantworteten. Ueber die Meldungen von der Bolschewisierung des Industriegebietes erfahre ich aus gut unterrichteten Gewerkschaftskreisen, daß es zutrifft, daß bei der Bevölkerung unter der Oberfläche eine sehr radikale Stimmung herrscht, die natürlich mit der Stilllegung der Industrie und der zunehmenden Arbeitslosigkeit leicht bolschewistische Formen annehmen kann. Die Gefahr wird noch bestärkt durch die Enttäuschung der polnisch gesinnten Bevölkerung, die nun die vielen wirtschaftlichen Versprechungen Korfants nicht in Erfüllung gehen sieht. Die Betriebsbesetzungen und andere syndikalistische Umtriebe sind in der Regel von den Polen angeordnet und entföhren, soweit wir darüber unterrichtet sind, einer zentralen kommunistischen Leitung.

## Korfanty ist befriedigt.

Englischen Blättern wird aus Oppeln gemeldet, in Oberschlesien sei jedermann des Volksausstandes vollkommen überwiegend und sehne sich danach, daß normale Verhältnisse zurückkehren. Korfanty sei darüber sehr erfreut. Der Zustand genüge seinen Zwecken vollkommen. Er habe die Militären so gut wie gewöhnt, die Herrschaft der Polen über das Industriegebiet anzuerkennen. Auf die Frage des Berichterstatters der „Times“, ob Korfanty glaube, daß die Kommission bei Wiederaufnahme der Kontrolle die von ihm errichtete Verwaltung anerkennen werde, erklärte Korfanty, das Volk (?) nahm diese Verwaltung an. Die Kommission werde es schwierig finden, gegen den Willen des Volkes (?) anzugehen. Korfanty erwartet der „Times“ zufolge, daß der größte Teil des augenscheinlich von den Insurgenten besetzten Gebietes polnisch wird. Korfanty sagt außerdem: Die Kriegsgerichte müssen noch viele Fälle verhandeln. Wir werden der Kommission alle Akten überreichen. Wahrscheinlich werden sich dann die Militären-Kriegsgerichte mit den Fällen wagen befassen.

Der Berichterstatter der „Times“ schreibt dazu, diese Haltung des äußersten Vertrauens, äußerster Befriedigung sei fast humoristisch, wenn man bedenke, daß die besondere Militären-Kommission, die ernannt wurde, um die Fälle zu untersuchen, in denen die Insurgenten in der Stadt Hindenburg das Gesetz übertreten, zu der Entschloßung kam, daß 23 Personen gewalttätig angebracht und über 600 Personen widerrechtlich verhaftet wurden und daß in Tausenden von Fällen ohne Bezahlung requiriert wurde. Die Verhaftungen waren meist von brutalen Zugewandten begleitet. Der Berichterstatter erklärt, woraus Korfanty die Zuversicht nahm, sei die Tatsache, daß er die wirtschaftlichen

Schwierigkeiten, die vor 14 Tagen den Aufstand zu einem verhängnisvollen Ende zu bringen drohten, überwand. Korfanty überwand im großen und ganzen den Widerstand der deutschen Beamten und Kaufleute, indem er sie teilweise gewaltsam zwang, aber auch, weil die Deutschen daran zweifelten, daß die Militären jemals Schritte tun würden, um den polnischen Aufstand zu unterdrücken.

## Entsendung einer Regierungsabordnung nach Oberschlesien.

In diesen Tagen begibt sich eine deutsche Delegation nach Oberschlesien. Den Vorsitz führt der Referent für Oberschlesien im Auswärtigen Amt, Malchahn. Außerdem sind drei Regierungsparteien vertreten. Innerhalb der Regierung ist man zu dem Entschluß gekommen, auf General Höfer einzuwirken, daß er sich vom Annaberg zurückzieht. Hierzu ist Höfer bereit. Er soll aber seine Truppen zusammenhalten und zu Cadres zusammenschließen. Man wollte auch den volksparteilichen Abgeordneten Freiherrn von Rheinbaben veranlassen, sich der Delegation anzuschließen. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, dürfte dieser aber kaum bereit sein, sich an der Aktion zu beteiligen.

## Zusammentritt des Obersten Rates am 10. Juli.

M. Basel, 22. Juni. Nach Pariser Blätternmeldungen soll der Zusammentritt des Obersten Rates voraussichtlich am 10. Juli und zwar in Bordeaux oder einem anderen Küstenort des Narmelkanals erfolgen. Neben der Besprechung der Antwort Griechenlands wird sich der Oberste Rat auch mit der ober-schlesischen Frage beschäftigen.

## Neue Entwaffnungsforderung der Entente.

Berlin, 22. Juni. Zur Durchführung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatus fordert die interalliierte Militärkommission die Auflösung des sogenannten Wachregiments Berlin. Der Geladene steht in diesem Wachregiment eine Formation, die über die im Friedensvertrage vorgesehenen Bedingungen hinausgeht. Das Wachregiment setzt sich, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ feststellt, lediglich aus bereits bestehenden Kompanien zusammen zur Bewachung der militärischen Anlagen und Gebäude in Berlin. — Zu der Meinung, daß General Koller auch gegen die Abhaltung größerer Truppenübungen der Reichswehr auf den Truppenübungsplätzen Verwahrung eingelegt habe, erklärt der „Lokalanzeiger“, daß im Reichswehrministerium von dieser Forderung noch nichts bekannt ist.



Diese Abgabe ist unangenehm wie jede Steuer. Was uns aber mit ihr versöhnen kann, ist dies: Die paar Milliarden, die sie bringt, kommen unmittelbar der Masse der kleinen Mieter zugute, denn die Einkünfte dürfen lediglich zur Verzinsung und Tilgung der für Kleinwohnungen (aus öffentlichen Mitteln) hergegebenen Beträge verwandt werden. Ferner dürfen mit dieser Abgabe Wohnungsbauten nur gefördert werden

1. wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe behördlich genau kontrolliert werden;
2. wenn die Bauten dauernd in öffentlichem oder gemeinnützigem Eigentum bleiben, oder doch verhindert wird, daß aus der Vermietung oder dem Verkauf ein übermäßiger Gewinn erzielt wird.

Mit einer noch schärferen Fassung dieser Sicherungen sind wir leider gegen die gesamten bürgerlichen Parteien nicht durchgedrungen.

Die Abgabe wird einstweilen in den Jahren 1921 bis 1924 erhoben werden. Die Erträge werden aber schon in den nächsten zwei Jahren verbaut sein. Sie schaffen, hochgerechnet, 50 000 Wohnungen, während der Bedarf vielleicht 1 Million Wohnungen ist. Es ist also nicht viel, was erreicht wird. Immerhin sind 50 000 Wohnungen, an deren Bau hunderttausende Bauarbeiter Beschäftigung finden, doch viel mehr als nichts. Diejenigen, die die Vorlage grundsätzlich verwerfen, konnten außer dem Hinweis auf die Notensprengung keinen Weg für die sofortige Beschaffung von Mitteln nennen. Daß die Kommunisten im Ausschuss nichts taten, verdient kaum erwähnt zu werden.

Wir sehen in diesem kümmerlichen Gesetz noch nicht einmal den Anfang der Lösung des unendlich schwierigen und verwickelten Wohnungsbauproblems. Auf unser Drängen wird schließlich eine Unterkommission des Wohnungsausschusses Vorschläge zur umfassenden Behebung der Wohnungsnot ausarbeiten. Auch eine aus Gewerkschaftern und aus Reichstagsabgeordneten der SPD. und der USF. gebildete Kommission wird demnächst mit weit ausgreifenden Plänen vor die Öffentlichkeit treten.

## Deutscher Reichstag.

### Das Reichsmietengesetz.

Der Reichstag behandelte am Dienstag zunächst eine deutschnationale und eine volksparteiliche Interpellation, die von der Regierung Aufklärung über die Ergänzungsprüfung der Sekretäre verlangte; eine die Beamtenschaft stark bewegende Frage. Der Reichstanzler verwies die Interpellanten darauf, daß gerade die volksparteilichen Mitglieder des Kabinetts Fehrenbach es waren, die gegen seinen Willen die Wünsche der Beamten schon im vorigen Jahre niederkimmten. Jetzt komme die Interpellation verspätet, er könne jetzt keine Abänderung mehr zulassen. Die Entscheidung über die Frage fällt morgen in namentlicher Abstimmung, da die Rechtsparteien beantragt haben, die Erklärung des Reichstanzlers zu mißbilligen. Sodann ging der Reichstag über zu dem Abkommen zwischen Deutschland, Polen und der freien Stadt Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland, dem Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit; ferner die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes, schließlich die Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben und einige Grenzregulierungen des Saargebiets. Dann ging der Reichstag zur Beratung zweier wichtiger, wohnungspolitischer Gesetzentwürfe über: Das Gesetz über Regelung der Mietzinsbildung und Reichsmietengesetz wurden in erster Lesung dem Wohnungsausschuss überwiesen. Die zweite Lesung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues rief eine längere Aussprache hervor. Für unsere Fraktion hielt der Bauarbeiterführer Silber-schmidt eine sachkundige Rede. Je ein Unabhängiger und ein Kommunist hielten vor leeren Bänken lösende Reden gegen das Gesetz, ohne einen Weg zur Schaffung von Baugeländern für den dringenden Wohnungsbau vorzuschlagen. Mit besonderem Behagen hörten die zur Anwesenheit verurteilten Wohnungsausschussmitglieder die gewaltige Predigt des Kommunisten gegen das Gesetz an, wußten sie doch, daß die kommunistische Partei sich um die Zuschußberatung des Gesetzes überhaupt nicht gekümmert hatte. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen. Die Verschleppungsanträge der Rechtsparteien fanden einstimmige Ablehnung durch die Koalition. Am Mittwoch wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen werden. (Unser heutiger Leitartikel führt die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes aus. Red.)

Dienstag, 21. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Löbe macht Mitteilung von dem Ableben des Abgeordneten Aderhold (USP.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Präsident gedenkt dann des Grubenunglücks in Herne. Ferner teilt der Präsident mit, daß vom Reichsminister des Innern ein Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten van den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung eingegangen ist.

Schulz-Brömberg (DVP.) beantragt, dem Antrag stattzugeben und die Immunität aufzuheben. Müller-Franken (Soz.) schließt sich dem Antrag Schulz-Brömberg an. Darauf wird der Antrag Schulz-Brömberg gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Es folgen die Interpellationen Bruch (DVP.) und Stresemann (DVP.) sowie ein Antrag Peteren (DVP.) und Müller-Franken (Soz.), die alle die Regierung auffordern, die entgegen dem Beschluß des Reichstages vorgelegene Ergänzungsprüfung für die Sekretäre

bei der Aufstellung aus Belegschaftsgruppe VI nach Gruppe VII wegfallen zu lassen. Ein Antrag Aderhold (USP.) will das selbe.

Laverenz (DVP.) begründet die Interpellation. In seiner Sitzung vom 11. Mai hat der Reichstag die Ergänzungsprüfung mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Regierung hat nun doch an der Prüfung festgehalten. Die Erregung in der Beamtenschaft hat sich dadurch noch gesteigert. Die Frage der Gehaltsabnahme und die Postbeamten haben den Beschluß gefaßt, die Prüfung nicht abzulegen.

Reichstagsminister Dr. Wirth: Der Reichspostminister wie auch ich haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß das Antragsgesetz ohne jede Prüfung statfindet. Es haben sich aber jetzt von allen Seiten Schwierigkeiten ergeben, vor allem hinsichtlich der Entlohnung. Man hat bemerkt, daß bei einem Verzicht auf die Prüfung eventuell die kritischen Fragen der Belegschaften angegriffen werden. Die Regierung Fehrenbach

hat fester als je festgelegt, daß von der Prüfung im Hinblick auf die erwähnte Befürchtung unter keinen Umständen abgegangen werden könne. Ich würde auch heute noch in diesem Sinne; denn es geht nicht an, daß von heute auf morgen eine derartige Verwaltungsmaßnahme einfach über den Haufen geworfen wird. Wir werden die Prüfungen nicht aufgeben, sonst würden die Geprüften das als eine Ungerechtigkeit empfinden. Die Interpellation kommt hinter den Tatsachen mittlerweile hinterher. Anders liegt es mit der zweiten Forderung in der Interpellation der Deutschen Volkspartei, in der verlangt wird, daß die Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 in Obersekretärstellen überführt werden. Ueber diese Forderung werde ich mich mit Ihnen im Ausschuss gern unterhalten und sichere für die Beamten weitestgehendes Entgegenkommen zu. Die Notwendigkeit der Prüfung ist aber von einer Reichsregierung vertreten worden, zu der Ihre (zur DVP.) Vertrauensmänner gehört haben. Auch hat sich durchaus nicht die gesamte Beamtenschaft gegen die Prüfung erklärt. Diesem Standpunkt der früheren Regierung hat sich die jetzige Regierung angepasst. Es findet also keine Differenzierung nach Zivil- und Militäranwärtern statt; nur nach früher abgelegter Prüfung. Wir hoffen, daß es möglich ist, endgültig auf einer mittleren Linie einen Ausgleich zu finden, der von niemand als ungerecht empfunden wird. Pläne über Abschaffung des Berufsbeamten-tums liegen mir fern. In keinem Ressort wird eine derartige Vorlage ausgearbeitet.

St. Lopp (Soz.): Bei der Entscheidung über die Prüfungsfrage hätte man die Beamtengewerkschaft befragen müssen. Die Beamtenschaft hätte die Frage einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet und diesen Schiedspruch bedingungslos anerkannt müssen. In der Prüfungsfrage bin ich mit dem Reichsfinanzminister nicht ganz einig. Ich hoffe aber, daß sich in der Kommission ein gangbarer Weg wird finden lassen. Jedenfalls darf deswegen in dieser Zeit zwischen Regierung und Reichstag kein ernstlicher Konflikt entstehen; das wäre auch nicht im Sinne der Beamten. Hoffentlich beweist die Regierung Entgegenkommen hinsichtlich der Nachzahlung von Bezügen an die Beamtenschaft, die vom 1. April 1920 an zu beanspruchen sind. (Beifall bei den Soz.)

Bräunig (USP.): Die Beamtensolidarität der Deutschen ist nur eine Komödie. Tatsächlich sind die Deutschnationalen an der Einführung der Ergänzungsprüfung schuld.

Debus (DVP.): Das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber dem Vorschlag des Reichstages hat bei den Beamten einen schlechten Eindruck gemacht.

Dr. Höfle (Z.): Beamtensolidaritäts- und Prüfungsfragen eignen sich nicht zu parteipolitischer Agitation. Sie sind im Hauptauschuss zu erörtern.

Plettner (K.): Das Umstoßen des Reichstagsbeschlusses durch die Regierung ist ein Verfassungsbruch, gegen den wir auf das Schärfste protestieren.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die namentliche Abstimmung über das von den Deutschnationalen eingebrachte Vertrauensvotum findet auf Antrag Müller-Franken erst morgen statt. Die Anträge über die Ergänzungsprüfung gehen an den Hauptauschuss.

Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr nach Ostpreußen sowie der deutsch-polnische Unnesteinvertrag werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Gleichfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen werden die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes, das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben und das Abkommen mit den alliierten Hauptmächten über die Festsetzungen eines Ueberschreitens der Grenze des Saargebiets. — Der Nachtrag zum Reichsmietengesetz für 1921 geht an den Hauptauschuss über. Die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Die Abgabe beträgt 5 % des Nutzungswertes (Mietwert). Sie soll lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlungen verwendet werden und sich nur auf Gebäude beziehen, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Wohnungsabgabe ist das Ergebnis einer Wahl zwischen mehreren Uebeln. Der Entwurf ist lediglich eine Folge des Mietgesetzes vom 12. Februar 1921, in dem die Wohnungsabgabe bereits grundsätzlich enthalten war. Zur Förderung der Bautätigkeit sind noch große Zuschüsse notwendig. Die volle Freigabe des Wohnungsmarktes würde die Mieten unerträglich steigen lassen, und trotzdem würde die private Bautätigkeit nicht rentabel werden. Eine Sozialisierung des Wohnungswesens, die die Neubauten mit allen Kosten bedenken soll, würde auch um eine Steigerung der Mieten nicht herumkommen. Weder die Hauseigentümer, noch die Mieter werden von der Abgabe zu hart betroffen; denn die Mieten sind im Vergleich zu dem Prozentsatz der Einkommenssteigerung sehr stark zurückgeblieben. Die leistungsmachenden Schäden werden durch den Härteparagrafen nach Möglichkeit von der Abgabe befreit. Zukünftig kann die Regierung dem sozialdemokratischen Antrag, der verbietet will, daß öffentliche Bauten in Privateigentum übergehen und daß sie durch Vermietung oder durch Verkauf übermäßig ausgenutzt werden. Die Erleichterungen, die in dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei und von der Deutschen Volkspartei gestellt werden, bitte ich abzulehnen. Ich hoffe, daß der Reichstag durch Annahme der Vorlage der Förderung der Bautätigkeit und der Milderung der Arbeitslosigkeit dienen wird.

Gutnecht (DVP.): Die Erfahrungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften beweisen, daß hier nur langsam Erfolge zu erzielen sind. Der Wohnungsnot kann nur durch Freigabe des Bauwesens wirksam entgegengetreten werden.

Silberschmidt (Soz.): Der Gesetzentwurf ist eine gerechte Folge der beiden durch den Krieg entstandenen großen Volksnöte "Wohnungsnot" und "Arbeitslosigkeit". Der Privatkapitalismus ist heute nicht mehr imstande, die Bautätigkeit auszuüben. Der Staat muß auch hier helfen. Der Staat, der für den Wohnungsbau die Mittel aufbringen muß, muß allen volkswirtschaftlichen Kosten gerecht werden. Darum wird auch die Instandhaltung der alten Wohnungen einer Neuordnung bedürfen, und der Reichstag muß demnächst dazu Stellung nehmen. Wir werden die Beschaffung der Mittel für das Baujahr 1921 bewilligen. Würden wir die jetzige Zwangswirtschaft ohne Kompensationen aufheben, dann würden die Mietpreise der alten Wohnungen die Höhe der neuen erreichen. Der Reichsrat und die preussische Regierung haben diesen Gesetzentwurf bekämpft. Das ist für die deutsche Beamtenschaft sehr gefährlich; denn die Regelung der Wohnungsfrage betrifft das ganze Volk. Der Deutsche Reichstag muß entgegenbeweisen, daß er nicht gewillt ist, sich in dieser Frage auszusprechen zu lassen. Andere Bedingungen, von denen wir unsere Zustimmung abhängig machen müssen, sind, daß unser Antrag Müller-Franken, daß die Bauten dauernd im Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben, angenommen wird, dem ja der Reichsarbeitsminister ebenfalls zustimmt hat. Die Steigerung der Mieten darf nur soweit erfolgen, als sie durch die Konkurrenz neuer Betriebe, wie der Baugenossenschaften, haben überall ein beträchtliches Sinken der Baukosten zur Folge gehabt. (Beifall bei den Soz.)

Franz Lang-Grumach (Bayr. WP.): Durch einen Zuschlag zur Einkommenssteuer wäre eine soziale Abkürzung herbeigeführt worden. Die ungleiche Belastung des Haus- und Grundbesitzes hat auch in Bayern große Erbitterung hervorgerufen.

Kahle (DVP.): Die Sozialisierung des Wohnungswesens ist unmöglich. Das Gesetz ist kein Deal, aber es ist doch ein Fortschritt. Nehmen Sie es daher an.

Damit schließt die Aussprache. Der grundlegende § 1 wird angenommen. Abgelehnt werden die unabhängigen und sozialdemokratischen Anträge. Danach werden auch die übrigen Paragraphen im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr: Interpellation Leimborn (Z.) über das Grubenunglück bei Herne. Kleine Vorlagen. Namentliche Abstimmung über das deutschnationale Vertrauensvotum über die Regierung. Dritte Lesung der Wohnungsabgabe. — Schluß 8 Uhr.

## Das Grubenunglück.

Herne, 21. Juni. Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Monte Cenis“ gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt.

Es wurden neunundsiebzig tote und zweiundsiebzig verletzte Bergknappen zutage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im „Bergmannshell“ in Bochum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, so daß sich

die Zahl der Toten auf insgesamt dreiundachtzig beläuft.

Das Unglück entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz; denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil entfestlich verbrannt. Andere wurden durch die Gewalt der Explosion zersplittert und furchtbar verstümmelt.

Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa eine Viertelstunde von dem Explosionsherd entfernt eine Maschine bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Nach einem Bericht der Grubenerwaltung war der Explosionssturm so heftig, daß er bis in den Hauptwetterstrom vordrang und von hier aus auch die Nachbarreviere gefährdete. Unter der verunglückten Mannschaft befanden sich angeblich auch die Bergleute, die feinerzeit das Rettungswerk bei dem großen Grubenunglück in Courriere (Nordfrankreich) ausführten.

## Bürgerliche Einheitsfront in Oesterreich

### Die neue Regierung.

Wien, 21. Juni.

Die Nationalversammlung wählte mit 98 christlichsozialen und großdeutschen gegen 62 sozialdemokratische Stimmen die neue Regierung. Der neue Bundeskanzler Schöber erklärte im eigenen Namen, sowie namens der anderen Mitglieder der neuen Regierung, die Wahl anzunehmen.

Wien, 21. Juni.

Da in das neue Beamtentabine Schöber ein großdeutscher und ein christlich-sozialer Abgeordneter, nämlich Dr. Weber und Kaufmann, aufgenommen worden sind, erhält das neue Ministerium, da nunmehr die Sozialdemokraten in oppositioneller Stellung beharren, den Charakter eines bürgerlichen Kabinetts. Eine Art bürgerlicher Einheitsfront ist geschaffen.

### Die Zusammenlegung des Kabinetts.

Wien, 21. Juni.

Die neue Regierung wird die Sanierungsaktion durchführen und dabei von der christlich-sozialen Partei, von der großdeutschen Vereinigung und von der deutschen Bauernpartei unterstützt werden, wobei vorausgesetzt ist, daß die Entscheidung über die Kredithilfe spätestens bis zum Herbst dieses Jahres seitens der Alliierten gewährt wird. Die genannten Parteien haben sich vorläufig für das Unterbleiben weiterer Anschlußbestimmungen ausgesprochen. Der neue Bundeskanzler Schöber wird auch das Ministerium des Innern übernehmen. Als Minister des Neuen wird neben dem Grafen Frankenstein und Eichhof an dritter Stelle der Sektionschef Dr. Schüller genannt. Das Ministerium für Unterricht wird der bisherige Vizekanzler Breisch und das Finanzministerium der bisherige Minister Grimm beibehalten.

### Das rote Kärnten.

Klagenfurt, 20. Juni. Die Wahlen zum Nationalrat und Landtag sind in Ruhe verlaufen. Die Wahlbeteiligung war nach den bisher vorliegenden örtlichen Ergebnissen gering. Die Sozialdemokraten haben eine überwiegende Mehrheit erlangt, insbesondere im bisherigen Abstimmungsgebiet.

## Um die Anrechnung der Kohlenlieferung.

Paris, 20. Juni. Der „Temps“ meldet, daß die Preisfestsetzung für die deutsche Kohle nach einem Beschluß der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Dreifache hinaufsetzen würde. Dem Versailler Beschlusse widerspricht es, daß Deutschland die Kohlenpreise für das Inland nur darum erhöhe, um die Zahlungen an die Alliierten steigern zu können.

Heute nämlich bezahlen Frankreich und Belgien unsere Kohle zum deutschen Inlandspreis, verkaufen sie zum Weltmarktpreis weiter und reichen unteren Bergleuten die Goldprämie zur besseren Ernährung. Jetzt verleiten sie eine uns selbst furchtbar hart treffende Preisangleichung und verlangen gleichzeitig Goldmilliarden ohne Zahl. Es lebe das faire play!

## Der deutsche Vertreter in Moskau.

Berlin, 21. Juni. Als deutscher wirtschaftlicher und politischer Vertreter in Moskau ist, wie wir zuverlässig erfahren, der Ministerialdirektor Professor Dr. Wiedenfeld in Aussicht genommen. Dr. Wiedenfeld ist ein erfahrener Wirtschaftspolitiker und hat während des Krieges neben Professor Schering und einigen anderen zu der Kommission gehört, die die Regierung in wirtschaftlichen Fragen beraten hat. Dann wurde er in das Auswärtige Amt an die Spitze der neugeschaffenen Außenhandelsstelle berufen.

Von der Sowjetregierung ist bereits in Herrn Scheinmann ein Vertreter für die wirtschaftlichen Fragen in Berlin bestellt, und mit diesem Sowjetvertreter sind vor kurzem auch die wirtschaftlichen und politischen Verträge abgeschlossen worden, die es nunmehr ermöglichen, auch der deutschen Mission in Moskau, der bisher formell nur die Aufgabe der Fürsorge für die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen anvertraut war, nach der politischen und wirtschaftlichen Seite hin größere Bedeutung beizulegen.



# Kommunistische Geheimdokumente.

Die „Nachrichtenzentrale“ veröffentlicht zwei kommunistische Geheimdokumente, von denen das erste vom „Westeuropäischen Propagandasekretariat“ stammt und sich lebhaft beklagt, „über die Herabwürdigung in den Funktionen der Vertretung der Sowjetregierung und der Dritten Internationale“. Die Sowjetregierung strebe ein Kompromiss mit dem westlichen Kapital an, auf das die Dritte Internationale auf keinen Preis eingehen dürfe. Ihre Aufgaben in Westeuropa seien denen der Sowjetregierung jetzt diametral entgegengesetzt. Das westeuropäische Sekretariat müsse alle Beziehungen zu den offiziellen Vertretungen Sowjetlands abbrechen, um sich die Hände freizumachen. Ein selbständiger Arbeiterdienst und eine selbständige Finanzagentur seien unverzüglich einzurichten.

Das zweite Schriftstück hat folgenden Wortlaut:  
Aus dem Geheimbericht der Berliner Sowjetmission.  
Die ungenügend und ohne einheitlichen Plan vorbereitete, von vereinzelt Gruppen der kommunistischen Partei geleitete Arbeiterbewegung hat im Endeffekt die Sache der kommunistischen Partei nur geschadet, indem sie die deutsche kommunistische Partei in eine ganze Reihe von Gruppen spaltete, die miteinander konkurrieren und kämpfen auf der Grundlage taktischer, in letzter Zeit aber auch programmatischer Differenzen.  
Die rücksichtslose Unterdrückung der Bewegung, die grausamen Repressalien der deutschen Regierung gegen die unbedachten und zersplitterten Aktionen der Führer haben die Stimmung der Arbeiter auf lange Zeit hinaus abgekühlt und eine Lage geschaffen, bei der die Partei keine Hoffnung hat, in Deutschland irgendeine aktive Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen.

Deutschland befindet sich definitiv das Gleis eines alltäglichen Lebens, so daß von irgendeiner scharfen Wendung in der Stimmung der deutschen Massen keine Rede sein kann. Im Gegenteil, es ist nur eine langsame Evolution auf dem Wege der Wiedergeburt des alten Regimes möglich. Diesen psychologischen Moment haben die Organisationen der Arbeiter mit der Orgesch an der Spitze richtig ausgenutzt. Die Systemlosigkeit des mittel-deutschen Aufstandes erscheint gleichfalls als die Folge der gegenwärtigen Orgesch, für die es sehr vorteilhaft war, die Bewegung zu provozieren, um die kommunistischen Führer endgültig in Mitleidenschaft zu bringen. Man muß gestehen, daß sie ihr Ziel erreicht hat. Der Mißerfolg des mitteldeutschen Aufstandes fürchte den Boden, auf dem die Saat der Orgesch-Propaganda zu gedeihen begann. Wendet sich die Lage nicht durch irgendwelche äußeren Ereignisse, so wird Deutschland bald von neuem eine nationalsozialistische Fautt darstellen, die das eigene Proletariat in Sklaverei hält und genau so wie früher die Freiheit seiner Nachbarn und der ganzen Welt bedroht.

Letzter der politischen Abteilung.  
(Unterschrift unleserlich)  
Schriftführer: Sahlhowski.

Beide Schriftstücke lassen erkennen, daß der furchtbare Verfall der deutschen kommunistischen Bewegung auch der Aufmerksamkeit der Moskauer Zentrale nicht entgangen ist.

# Antisemitismus und Wissenschaft.

Aus einem sonderbaren Anlaß kam es, wie der „Voss. Ztg.“ aus Nürnberg gemeldet wird, am 15. Juni dort zu einem Streit einer Reihe von Dozenten der Handelshochschule. Auf der Hochschule, die hauptsächlich aus städtischen Mitteln gegründet wurde, machen sich seit mehreren Monaten antisemitische Antriebe bemerkbar, die durch eine deutschböhmische Studentenverbindung „Mehrschicht Franco-Bavaria“ eine besondere Steigerung erfuhren. Als Urheber der Schmähungen, die fortgesetzt in einer Kneipzeitung erschienen, wurde der Student Stroemsdoerfer festgestellt, der vergeblich vom Senat aufgefordert wurde, die gegen einen Herrn Dr. Kuppe und mehrere Stadträte ausgesprochenen Beleidigungen zurückzunehmen. Hierauf wurde Stroemsdoerfer vom Senat mit Entlassung bedroht. Dann ließ der Rektor der Handelshochschule einen Anschlag der Franco-Bavaria, worin u. a. von den Aufnahmefähigkeiten die eideschwurliche Erklärung verlangt wurde, niemals eine Heirat mit einem „farbigen oder jüdischen Weibe“ einzugehen, vom schwarzen Brett der Hochschule entfernen. Hierauf erfolgten von einer Minderheit der Studenten unter Führung Stroemsdoerfers neue Kränkungen gegen Rektor und Senat, worauf der Dozentenstreik einsetzte.

Am 20. Juni erging vom Senat und dem Studentenausschuß der Handelshochschule an die Öffentlichkeit eine Mitteilung, in der über das Ergebnis einer Studentenversammlung vom 17. d. M. berichtet wurde. Als besonders bemerkenswert ist der Mitteilung zu entnehmen, daß Stroemsdoerfer trotz wiederholter Einladung der Versammlung fernblieb, desgleichen die gesamte Mehrschicht Franco-Bavaria, da sie wegen der in den letzten Tagen erfolgten Austritte „mangelnden Burens in suspendierten gezwungen war“. Die Versammlung billigte das Disziplinarverfahren gegen Stroemsdoerfer, sprach Rektor und Senat das volle Vertrauen aus, legte jedoch gegen den Beschluß des Stadtrats Nürnberg auf Entfernung des Anschlages Verwahrung ein, da er „eine Gefährdung der akademischen Freiheit“ bedeute. Auf Grund dieser Beschlüsse wurden die Vorlesungen an der Handelshochschule wieder aufgenommen. Der Senat hat die Entlassung Stroemsdoerfers beschlossen.

# Aufruf

an die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und an die Ortsstellen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der nordischen Wasserlande (Hannover, Oldenburg, Hansestädte, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Braunschweig und Vorpommern).

Die wirtschaftliche und politische Lage sowie die Erweiterung des Aufgabenbereiches der Gewerkschaften macht, um die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit im gemeinschaftlichen Interessengebiet der nordischen Wasserlande zu sichern, eine Ausdrucks der Gewerkschaftsvertreter erforderlich.

Zu diesem Zwecke berufen die Unterzeichneten zum Sonntag, dem 10., und Montag, dem 11. Juli 1921, nach dem Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Konferenz von Delegierten der Ortsausschüsse des ADGB und der Ortsstellen des Afa-Bundes von Hannover, Oldenburg, Hansestädte, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Braunschweig und Vorpommern ein.

Die Konferenz beginnt am Sonntag, dem 10. Juli, morgens 9 Uhr, pünktlich im Cafe des Hamburgischen Gewerkschaftshauses.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Die wirtschaftliche und politische Lage und die Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der 10 Punkte des ADGB und der 9 Hamburger Punkte. (Referent: Genosse Paul Grahnmann, Berlin).
2. Das Reichsarbeitsnachweis-Gesetz. (Referent: Genosse S. Eilenkath, Leiter des Landesarbeitsamtes-Hamburg).
3. Bezirksliche Zusammenfassung der Betriebsräte. (Referent: Genosse G. Legart, Hamburg).
4. Provinzielle Zusammenfassung der Ortsausschüsse des ADGB und der Ortsstellen des Afa-Bundes.
5. Wahl eines bezirkslichen Aktionsausschusses der Gewerkschaften.

6. Friedensbedingungen und Gewerkschaften (Sozialpolitik, Gewerkschaften, Arbeitsdienstfrage, 8. und 10. Arbeitsstunde). Referent: Genosse A. Biedermann-Hamburg).

Jeder Ortsausschuß bzw. jedes Ortsstellat hat das Recht bis zu 3 Vertretern zu entsenden. Den Gewerkschaften wird anheimgegeben, zu dieser Konferenz ihre Gau- bzw. Bezirksleiter zu delegieren. Die Kosten werden von den Mandatgebern selbst getragen. Die Delegierten sind bis Mittwoch, den 6. Juli, — eventuell telegraphisch — dem Genossen J. Chrentzeit, Hamburg, Belfordstraße 57, III, Zimmer 48, namhaft zu machen, unter Angabe ob für Bogts gesorgt werden soll. Die Delegierten sind mit einem schriftlichen Ausweis zu versehen, der vor Beginn der Verhandlungen mit Verbandsmitgliedsbuch vorzulegen ist. — Angehörige der Wichtigkeit der Konferenz werden die vorgeannten Körperchaften um Vertreterentsendung dringend ersucht.

Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. J. Chrentzeit, 1. Vorj.

Ortsstellat Groß-Hamburg des Allgem. freien Angestelltenbundes. Franz Andresen, 1. Vorj.

# Die Sozialisierung.

Unter dem Titel „Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen“ hat Heinrich Ströbel im „Firn“-Verlag ein umfangreiches Werk über die Frage der Sozialisierung erscheinen lassen. Da das Buch in der politischen Diskussion der nächsten Zeit eine große Rolle spielen wird, geben wir aus dem Schlusskapitel die nachfolgenden, allgemein interessierenden Gedanken wieder:

„Nichts hat der Idee und den Fortschritten der Sozialisierung mehr geschadet, als die bis zur Uebelkeitserregung wiederholte Phrase von der Diktatur des Proletariats und die gegenseitige Bekämpfung der sozialistischen Parteien selbst. Wie abstoßend und lächerlich mußte es auf die Mittelschichten wirken, daß von einem Teil der Sozialisten, die sich durch gegenseitige fanatische Bekämpfung von Wahl zu Wahl um ein Stück ihrer Anhängererschaft und politischen Macht brachten, zugleich die Forderung erhoben wurde, daß zur Durchsetzung des Sozialismus eine proletarische Minderheit die widerstrebende Volksmehrheit diktatorisch beherrschen und vergewaltigen müsse. Kein Wunder, daß sich die Kreise, denen immer wieder die Drohung der Vergewaltigung ins Gesicht geschleudert wurde, vom Sozialismus immer mehr abgestoßen fühlten und sich immer entschiedener den bürgerlichen Parteien anschlossen, die der Sozialisierung jede Schwierigkeit bereiteten. Mit seinem Diktaturgebrüll verschloß sich das Proletariat die Herzen der Volkselemente, auf die es unbedingt angewiesen ist, und damit die Wege zum Sozialismus selbst.“

Denn welche Mittel zur Erzwingung der Sozialisierung blieben dem Proletariat, wenn es ihm nicht gelänge, durch vernünftige Aufklärungsarbeit auch die politisch noch schwankenden und widerstrebenden Zwischenschichten auf seine Seite zu bringen? Das des Streiks, des Generallstreiks etwa? Solche wirtschaftliche Machttroben können sehr erfolgreich sein, können unwiderstehlich wirken, wenn die Sympathien der Volksmehrheit auf der Seite der Streikenden stehen. Schlägt sich dagegen die Mehrheit des Volkes auf die Seite der kapitalistischen Machthaber, so bleibt auch der opferreichste Massenstreik erfolglos. — Auch die Volksherrschaft vermochten ihre Diktatur ja nur deshalb aufzurichten, weil es ihnen gelungen war, durch ihre Parolen des Friedens um jeden Preis und der entschuldigenden sofortigen Verteilung wenigstens für den entscheidenden Zeitpunkt das Wohlwollen der Bauern, also der übergroßen Volksmehrheit, zu erringen. Heute stützt sich ihre Diktatur gegen die Volksmehrheit auf die bewaffnete Macht. In Westeuropa läßt sich aber weder mit einem Male durch eine lodende Parole die Bauernschaft für den Sozialismus gewinnen, noch auch die proletarische Minderheitsherrschschaft auf die Maschinenengewehre gründen, denn die Waffen und die bewaffneten Organisationen befinden sich in der Hand der Bourgeoisie.

Die sozialistische Gedankenwelt muß erst zur Herrschaft kommen, sie muß sich über die Kreise des Proletariats hinaus den Gefühlsinhalt der Volksmehrheit bilden, soll der politische und soziale Widerstand gegen den Sozialismus gebrochen werden. Und heute hat ja die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaftsanschauung noch längst nicht einmal im Proletariat selbst ausgereizt werden können. Gibt es doch mehr als eine Million Arbeiter, die immer noch den christlichen Gewerkschaften angehören und es sich ruhig gefallen lassen, daß ihr Führer Stegewald einen Regierungsbloed des Bürgerturns gegen den Sozialismus gebildet hat, der vor allem ein Bollwerk gegen die Sozialisierung selbst sein soll. Dazu kommen 200 000 Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, polnische Gewerkschaften, Angestelltenverbände von entschiedener antisozialistischer Färbung, wie der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, und selbst „gelbe“ Arbeiterverbände, die es trotz der Revolution bereits wieder auf Zehntausende von Mitgliedern gebracht haben.

Nicht die mangelnde Reife der kapitalistischen Entwicklung ist es, die eine Sozialisierung hindert, sondern die psychische Anreife der Volksmassen. Damit meinen wir jedoch nicht die geistige und moralische Verfassung jener Arbeiterschichten, die für eine Sozialisierung, beispielsweise die des Bergbaues, in Frage kämen. Sicherlich gehören die Schmeichler des Proletariats nicht zu seinen aufrichtigen Freunden, und es wäre darum verwerrlich, wollten wir bestreiten, daß gerade die verflochtenen 6½ Jahre auch für die Arbeiterklasse alles andere als ein sittliches Stahlbad gewesen sind. Aber auch die Furcht vor den maßlosen Ansprüchen und dem mangelnden Pflichtgefühl der Arbeiter erscheint uns reichlich übertrieben. Höchst wahrscheinlich hat Umbricht das Charakterbild unserer Bergarbeiterchaft am objektivsten gezeichnet, als er am 3. Juli 1920 in der Sozialisierungskommission ausführte, daß er, der zehn Jahre lang in Industriekontrollen gearbeitet und seit 1903 fast allen Verhandlungen der Bergarbeiter beigewohnt habe, keineswegs die Befürchtung hege, die Bergarbeiter würden durch Maßlosigkeit und Disziplinlosigkeit die Sozialisierung selbst am meisten gefährden. Zweifellos gäbe es Arbeiter, denen vor allem am Westpreußen liege, und andere, die sich einbilden, daß erst alles zerstört werden müsse, bevor aufgehaut werden könne. Aber es gäbe auch viele verständige Arbeiter mit starkem Gemein Sinn. Manche Widerstände wären zu überwinden, aber die Einsicht der bedrückten Elemente trage demnach den Sieg davon. Seit Umbrichts Rede haben sich die Umstände nicht zum Schleutern entwickelt. Die Ohn-

macht und Schwäche der putschistischen Elemente ist seitdem so unverhüllt zutage getreten und die völlige Zerlegung der kommunistischen Partei so offenkundig geworden, daß zahlreiche Arbeiter ihr ernüchert den Rücken gekehrt haben. Auch haben Arbeitsleistung und Arbeitsdisziplin der proletarischen Massen ständig zugenommen.

An dem Verhalten der Arbeiter würde eine Sozialisierung also schwerlich scheitern. Unter der psychischen Anreife der Massen verstehen wir vielmehr die Tatsache, daß nur 40 Proz. der Wähler sozialdemokratisch gestimmt haben, und daß diese 40 Prozent Sozialisten selbst ihre Kraft noch so wenig auf die Verbreitung sozialistischer Ideen und für die Sozialisierung werbender Wirtschaftstatistiken zu konzentrieren verstanden.

Was uns nicht tut, ist weniger Routine, weniger Fatalismus; mehr Initiative, mehr Glaube an sich und die Sache, mehr „Seele“, wie Hilbrandt es ausgedrückt hat: „die Seele ist es, die gereift, erfüllt, die „bereit“ sein muß, um den Sozialismus machen zu können; mit allen Fasern, auch des körperlichen Ich, der Sache hingegeben, wie es alle die wären, die je ein großes zu vollbringen vermochten. Die Erhebung des Bürgerturns, die Bauernbefreiung, die Sklavenbefreiung, kurz all die — oft von Angehörigen anderer Klassen zum Siege geführten „Klassenkämpfe“, sie konnten . . . nur mit der Blut einer reinen, für Großes entbrannten Seele unter Opfern und Leiden durchgeföhrt werden.“

Das schlimmste Hemmnis für die sozialistische Eroberung der Welt bleibt neben dem Kleinmut der zweifelsüchtig schwächlichen Geister die mechanisch-fatalistische Betrachtung der Dinge. „Darf der“ fragt Wissell, „der tiefer zu blicken glaubt, sich mit Abwarten begnügen, oder soll er nicht, muß er nicht vorzuarbeiten suchen? Wer glaubt, die Wege erkannt zu haben, auf denen wir in der Zukunft schreiten müssen, handelt pflichtvergessen, wenn er die Wege nicht zeigt.“

Möchte diese Auffassung zum Credo aller Sozialisten, zum Programm der sozialistischen Praxis werden!“

# Volkswirtschaft.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens betrug (einschl. der metrischen Bechen) nach den endgültigen Feststellungen:

	Gesamt-Förder.	Zahl der arbeitstäglichen Förder.	Förder.
Mat 1921 . . . . .	6 954 607	28 1/4	299 123
April 1921 . . . . .	7 894 985	26	303 653
Februar 1921 . . . . .	8 174 608	24	340 609
Mat 1913 . . . . .	9 261 448	24 1/2	381 916

Die arbeitstägliche Förderung, die schon im April 1921 im Vergleich zum Februar (dem letzten Ueberbichtenmonat) um rund 87 000 Tonnen gesunken war, ist im Mai um weitere rund 4500 Tonnen zurückgegangen. Im Mai stellte sich die arbeitstägliche Kohlenförderung (299 123 To.) um rund 41 500 Tonnen niedriger als im Februar (340 609 To.) Ende Mai waren im Ruhrbergbau 548 384 Arbeiter beschäftigt gegen 542 598 Ende April.

Ermäßigung der Stahlpreise in Sicht. Die WZB-erfährt, beabsichtigt der Rohstehverband mit Rücksicht auf die vom Siegerländer Eisenverein beschlossene Herabsetzung der Eisensteinspreise eine entsprechende Ermäßigung der Preise für Stahl und Spiegelblech einleiten zu lassen. Ueber das Ausmaß der Preisermäßigung soll demnächst Beschluß gefaßt werden.

Gründung einer deutsch-russischen Transportgesellschaft. Wie der Korrespondent der Dena drachtet, hat die unter Führung der Hamburg-Amerika-Linie erfolgte Gründung einer „Deutsch-russischen Transportgesellschaft m. b. H.“ in Hamburger Börsen- und Schiffahrtkreisen überraschend gewirkt. Nach Informationen des Dena-Vertreters wird die Gesellschaft ihren Hauptsitz in Berlin haben, jedoch schon in aller Kürze ein Zweigbüro in Petersburg eröffnen. Die Leitung des Unternehmens beruht auf paritätischer Grundlage. — Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Neugründung als eine Auswirkung der Neuorientierung in den deutsch-russischen Handelsbeziehungen auffaßt.

Frankreichs günstige Handelsbilanz. Die Wareneinfuhr nach Frankreich wies in den ersten fünf Monaten des Jahres 1921 den Betrag von 8 1/2 Milliarden Frank auf. Das bedeutet gegen die Einfuhr in den gleichen Monaten des letzten Jahres eine Verminderung von 1 Milliarde Frank. Die Ausfuhr Frankreichs betrug im gleichen Zeitraum 9 Milliarden Frank, das sind eine Milliarde Frank mehr als in den ersten 5 Monaten des Jahres 1920.

Der englisch-russische Handel setzt sofort kräftig ein. Die Regierung teilte im Unterhaus mit, daß seit Unterzeichnung des Handelsabkommens für 512 056 Pfund Sterling Waren nach Russland ausgeführt wurden. Ferner sind für 347 122 Pfund Waren nach England ausgeführt worden, die, wie man annehme, zum größten Teil für Sowjetrußland bestimmt seien.

# Devisen-Kurse.

Hamburg, 21. Juni.		21. Juni.		20. Juni.	
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.					
Holland	100 fl.	2390.—		2322.50	
Kopenhagen	100 Kr.	1205.—		1200.—	
Stockholm	100 Kr.	1562.50		1560.—	
Kristiania	100 Kr.	1012.50		1010.—	
Helsingfors	100 Finn. Mk.	110.50		120.50	
Schweiz	100 Frs.	1192.50		1185.—	
Wien (alt)	100 K.	—		—	
do. (neu)	100 K.	13.75		14.25	
Budapest	100 K.	29.—		29.12	
Prag	100 K.	96.50		96.50	
Spanien	100 Pesetas	930.—		932.50	
London	1 £	268.50		268.—	
Paris	100 Frs.	571.—		572.—	
Belgien	100 Frs.	564.—		562.—	
Italien	100 Lire	356.—		355.—	
Bukarest	100 Lei	118.50		110.—	
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		70.—		69.25	
do. briefl. Ausz. od. Scheck		69.86		69.12	

# Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 21. Juni 1921.					
Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit Tage Std.
D.		Maranda	Solmroos	Abu	3
D.		Serrenwid	Döle	Merdsburg	1
D.		Defin	Wiende	Rolding	1
D.		Westalia	Zaete	Narbus	1
Angekommen am 22. Juni 1921.					
D.		Wilhelm Lübe	Christlieb	Malöping	10
D.		Leanteff	Mauer	Störfens	1
D.		Lecuan	Müller	Gorbenbura	4

Verantwortlich für Politik Dr. J. Heber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Heintze Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schälich; für Intereze Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.



# Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

ist für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten, überhaupt  
für jedermann

## Die beste Bezugsquelle!

### Stadtbibliothek.

Das Semestergeld vom 1. Mai 1921 wird fortan eine Erhebung von Leihgebühren für die Entleiher von Büchern aus der Stadtbibliothek erfolgen. Die Jahresgebühr ist festgesetzt auf 5 Mk. für Schüler und Volkshochschüler auf 5 Mk. — Die Mahngebühren sind neu geregelt worden.

Der Austausch der bisherigen Leihkarten gegen die für das laufende Rechnungsjahr auszugebenden Karten hat begonnen. Um unnötiges Warten möglichst zu vermeiden, wird empfohlen, die Einschreibung der Namen mit den Anfangsbuchstaben A—G in der Zeit vom 24. bis 26. Juni, H—P vom 27. bis 30. Juni und Q—Z vom 1. bis 3. Juli vornehmen zu lassen oder die Einschreibung in den August zu verlegen. Die Bibliothek ist geöffnet werktäglich (außer Sonnabend nachm.): 9—1 und 5—7 Uhr. Vom 17. Juli bis 6. August ist die Bibliothek geschlossen. (3215)

Der Bibliotheksdirektor.

Gutes Damen-Fahrrad bill.  
Waffenmayer 42,  
3226) Fahrradhandlung.

Zu verk. blaues Koffin,  
Nagelwerk, billig. (3214)  
Yorkstr. 20, Pinterh., p. r.

Spinn. u. Seidw. f. v.  
3221) Drögestr. 3, II.

6 B. a. Punde (Ziek) b.  
3212) Klopffeld, Brünigk. 24, b.

Prima  
Ferkel und  
Bügänger  
zu verkaufen.  
3225) Krenpelsb. Allee 80.

Jagdhund zugekauft. Abz.  
3228) Stodtelsdorf,  
Uhrenböcker Str. 23, I.

Zu k. gef. gut. Sommer-  
Anz., Gr. 1.80, feinst, und  
Fahrrad v. G. Ang. unt.  
K G a. d. Exp. (3210)

**Kachelöfen**  
Adolf Borgfeldt,  
Lübeck. (3201)

**Leder**  
Lederausschnitt  
Ersatzsohle in haltbaren  
Fabrikaten  
Alle Schuhmacherartikel  
C. Grimm Nachf.,  
Lederhandlung u. Schäfte-  
fabrik. 3197

### Sierratia-Schrot

bestes Mastfutter für Schweine  
**Sierks Ferkelschrot**  
siehe zu empfehlen  
liefern in allbekannter Qualität  
**H. H. Sierk & Sohn**  
Mühlwerke Harburg a. d. Elbe.  
Niederlage:  
**A. Steen, Stodtelsdorf b. Lübeck.**

**Grudelots  
Drilletts  
Hoh**

Herst. frei Haus und ab Lager

**Hans Lübcke,**

Lübeckstr. 33/35. Telefon 3373.



### Seifenfabrikate

mit der Marke



sind Erzeugnisse genossenschaftl. Eigenproduktion

Das selbsttätige Sauerstoffwaschmittel  
**GEG-Famos**

**GEG-Seifenpulver** **GEG-Schmierseifen**  
**GEG-Kernseife** **GEG-Feinseifen**  
**GEG-Bleichsoda** **GEG-Rasierseifen**

sind allen Konkurrenzfabrikaten gewachsen

**Verlangt nur Marke GEG**

Zu haben in allen unsern Waren-  
abgabestellen!

**Konsumverein für Lübeck und Umgegend**  
e. G. m. b. H. (3203)

### Adlershorst. Ball

Jeden Donnerstag: 3216

### Lübecker Städtebundtheater.

Dir. Kl. Holtmann.

Im Gewerkschaftshaus (gr. Saal)

Sonntag abend 8 Uhr:

### Großer Bunter Abend

Vorverkauf im Gewerkschaftshaus, bei den Ge-  
werkschaften und in den Konsumverkaufsstellen.  
3223) Eintritt 3 Mk.

### Restaur. zum Landhaus Schönböden.

Zu dem am Sonntag, dem  
26. Juni, stattfindenden  
Kindervergnügen  
mit nachfolgendem Ball  
ladet freundlichst ein  
3218) Adolf Hoffmann.

### Lübecker gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H.

Außerordentliche  
General-Versammlung  
am Mittwoch, d. 29. Juni  
abends 7 1/2 Uhr  
in den Zentralkhallen,  
Dankwartstraße.  
Tagesordnung:  
1. Wahl eines Vorstands-  
mitgliedes.  
2. Bericht über die finanzielle  
Lage des Vereins.  
3. Eventuelle Satzungs-  
änderungen.  
Bollähliges Erscheinen  
der Mitglieder erwünscht.  
3195) Der Vorstand.

### Deutscher Transportarb.-Verb. Ortsverwaltung Lübeck.

(3222)

### Berammlung

am Donnerstag, 23. Juni,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
Bericht der  
Lohnkommission.  
Die Ortsverwaltung.

### Neu eingetroffen:

Gleg. Anzüge 195—780 Mk.  
Schlüpfer, Luchhöfen 165  
Kräftige Wollhosen 75  
Feldgr.-Hosen 125  
Wand. 130  
Pa. Morgenröcke 85  
Sommerkleider 75  
Weiße Kleider 95

### Kaufhaus Franz Wehrendt,

3227) Balanzerföhr 35.

### Hansa-Theater

8 Uhr. 8 Uhr. (3224)

### Die Scheidungsreise.

Morgen Donnerstag:  
Einmaliges Gastspiel  
Reinhold Wolf.

### Der verjüngte Adolar.

Adolar — Reinhold Wolf a. G.

### Stadttheater Lübeck.

Abonnement 1921/22.  
Neuanmeldungen vom 12.  
bis 25. Juni im Stadt-  
theater, Eingang Fischer-  
grube vom 9—12 Uhr und  
3—6 Uhr. (3194)



Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 22. Juni.

Die sozialdemokratische Zeitung.

Der Einfluss der Tagespresse auf das Denken und Handeln der Leser ist ein weit größerer und nachhaltiger, als die meisten es sich vorstellen können.

Die Sozialdemokratie hat natürlich ebenfalls die Bedeutung der Tagespresse für den politischen Kampf frühzeitig erkannt und sich in jahrzehntelanger unermüdlicher Arbeit eine eigene Presse geschaffen.

Es ist das Blatt der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land. Es gehört an Stelle der volkfeindlichen kapitalistischen Blätter der bürgerlichen Parteien in den Haushalt der Arbeiter, Angestellten und Beamtenfamilien.

Die Zukunft der Provinz Lübeck

Wie sich, wie mit Sicherheit zu erwarten steht, im Spätherbst dieses Jahres entscheiden. Der gegenwärtige Zustand, unter dem dieses schöne Ländchen mit seinen etwa 45 000 Einwohnern zu dem rund 200 Kilometer entfernten Freistaat Oldenburg gehört.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

51. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Du bist der beste Mensch auf der Welt. Und nun wird auch alles wieder gut. Du laugst nicht für dieses wilde Land, aber du hast jetzt hier was gelernt und machst schon in Deutschland deinen Weg.“

Wittkamp schämte sich etwas, daß er so weich geworden. „Ich bin doch froh, daß ich dich noch einmal besucht habe. Jetzt habe ich auch guten Mut für die Reise.“

Richard, ich wollte dich noch etwas fragen. Aber du darfst es mir nicht übernehmen. Du hast doch gewiß kein Geld mehr, und ich verdiene so viel und habe doch alles von dir —

„Nein, nein, ich bin dir ja nicht böse, aber du darfst auch davon nicht mehr anfangen. Ich brauche wirklich nichts. Ich bin sogar froh, daß die Möbel jetzt in deinen Händen sind. Nach Deutschland komm ich schon, da brauchst du keine Angst zu haben.“

Der Doktor hat mit mir kein Geld geteilt. Er wurde wild, als ich es nicht annehmen wollte. Sein Vater ist doch ziemlich wohlhabend, und nun hat er sich der Doktor in den Kopf gesetzt, mich mit nach Hause zu schleppen. Einstweilen fahr ich einmal mit. Er ist ein merkwürdiger Kerl. Nur wenn er seine Saufzeit hat, dann wird er albern und direkt verrückt.“

Richard, du mußt bei mir zu Abend essen. Bitte, Richard. Ich mag es dir so gemächlich. Wir haben uns noch so viel zu sagen, bevor wir Abschied nehmen. Mir liegt so viel daran, daß du im guten von mir weggehst.“

„Das du ich sowieso. Aber der Doktor wartet, und wenn ich nicht bald komme, dann geht er trinken.“

„Daß ihn trinken. Also du bist hier. Ich brate dir ein Steak.“

Wittkamp stand bei ihr, während sie das Essen zubereitete. Er hinderte sie bei der Arbeit und küßte sie. Sie lächelte und wehrte sich kaum.

„Du bist mir das größte Rätsel, Martha. Warum bist du eigentlich jetzt wieder ganz anders zu mir, als sonst und so lustig? Und es ist doch meine Fingerschnalle, die du mir machst.“

„Ja, ich bin immer so wie die Menschen, mit denen ich zusammenlebe. Ich hab jetzt wieder eine gute Freundin, und die ist mir couragierter, das heißt mich dann an. Außerdem geht es mir sehr gut. Aber solange ich bei dir bin, war ich auch immer sehr glücklich. Du bist zu ernst und zu traurig für mich, du bleibst immer Geistesgenosse. Aber der Spinnweb, warum ich ganz an-

Wenn der oldenburgische Ministerpräsident Tanke, zweifellos ein kluger und geschickter Mann, dies kürzlich wieder in Versammlungen in Schwartau und Cutin democh getan hat, so ist es begreiflich, denn er vertritt ja lediglich den Standpunkt der oldenburgischen Regierung, die gern die Provinz behalten möchte, nicht im Interesse der Provinz, sondern nur in dem des sogenannten Mutterlandes, das sich allerdings um kein Kind herzlich wenig gekümmert hat.

Herr Tanke hat in den erwähnten Versammlungen so getan, als ob eigentlich jedermann in der Provinz Lübeck, von einigen kleinen Ausnahmen abgesehen, wünschte, daß alles so bleiben möge, wie es ist. Daß er aber selbst nicht an dieses Märchen glaubt, zeigt schon die Tatsache, daß er selbst als Haupt der oldenburgischen Regierung sich auf die Propagandareise nach hier begab. Würde er das tun, wenn alles so wäre, wie er es wünschte? Schwerlich, denn er hat gewiß auch noch etwas anderes zu tun.

Es ist nicht die Absicht, hier auf die Ausführungen einzugehen, die er in Cutin und Schwartau gemacht hat. Darin stimmen wir mit ihm überein, daß es sich bei der ganzen Sache nicht um eine parteipolitische, sondern um eine wirtschaftliche Frage handelt. Gerade weil es sich um wirtschaftliche Beziehungen und Dinge handelt, werden auch die Bemühungen des Ministerpräsidenten, die Provinz Lübeck bei einem Lande zu halten, zu dem alle wirtschaftlichen Beziehungen fehlen, vergeblich sein.

Es nützt nichts, wenn Tanke, wie das geschehen ist, durch die stümperhafte Telegraphen-Union in alle Welt hinausposaunen läßt, es sei — natürlich ganz abgesehen vom Norden — die Stimmung an der südlichen Grenze des Landesteiles Lübeck unter den Lören von Lübeck durchaus geteilt. Es dürfte selbst in dieser Ecke des Landesteiles bei einer Abstimmung wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung sich gegen den Anschluß an die Stadt Lübeck entscheiden.“

Von den verschiedensten Rednern ist Herr Tanke sowohl in Cutin wie in Schwartau der Standpunkt klar gemacht worden. Frau Woz-Ziek und der Regierungspräsident Williams tibeten die Stützen seiner Ausführungen und Hoffnungen. Sie waren und sind nicht die Träger von Zukunftsgedanken, auch nicht in diesem Falle.

Der Willen der Bevölkerung der Provinz Lübeck wird geleitet sein von dem Bestreben, der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung zu dienen, wie es in der Verfassung heißt. Das kann aber nur durch den Zusammenstoß der beiden benachbarten, durch vielfache Fäden miteinander verbundenen Länder, die schon lange den gemeinsamen Namen Lübeck tragen, geschehen.

Orgesch auf der Wanderschaft.

Nach der deutchnationalen Presse sind Orgesch und Stahlhelm die harmlosesten Gesellschafter der Welt. In unserem süßlichen rechtskonservativen Schwadronenblatt liest man das alle Tage. Und es muß wohl so sein. Oder deutet die folgende Notiz des „Samburger Echo“ über das Stellbildern der Orgeschbrüder auf eine andere Auslegung hin? Es heißt dort nämlich: „Am letzten Sonntag wählte ein Gesangverein in Mumühle im dortigen Gasthof Unterlandt fuchen. Aber, o weh, schon vor dem Hause wurde den Teilnehmern kund getan, daß alles besetzt sei. In der Tat war denn auch die Besetzung so stark, daß kein Stuhl mehr zu haben war. Und vornehm waren die Gäste: Damen im elegantesten Auszug und dazu „unser alle, schönen Uniformen“ der Serren. Radfahrer, Monatel, sämtliche Kriegs- und Friedensehrenzeichen. Was wunder, daß sich einige Sangesbrüder lebhaft für die Gasthof-Besetzung interessierten. Es war eine Trefferversammlung der Orgesch. Aus Hamburg, Lübeck, Oldesloe, aus Groß-Hansdorf, Wandsbek und Klein-Flottbek, des Orgeschhauptmanns Otto Ernst Stammann, trifft man sich — ganz zufällig natürlich — in Mumühle im Gasthof. Es ist aber Vorjorge getroffen, daß nicht ganz zufällig ein Nicht-Organemann in den Saal hineingerät, so daß man hübsch unter sich ist und nach Herzenslust die Republik verriichten kann. Am Abend geht es unter „Siegfried“ wollen wir Frankreich schlagen“ wieder heimwärts. Man hat den Tag nicht verherbraut. — Die Sache hat wenig Bedeutung. Ja, wenn es vielleicht Arbeiter oder gar Vertreter der „Roten Armee“ wären, die da Kriegsrat abhalten. Dann würde bald Alarm geschlagen werden, aber so ... Es ist ja nur die Orgesch, die da „wandert“.

Krankenkassentwahl.

An die Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierten und Vertrauensmänner der Gewerkschaften Lübeds! Bis zum 30. Juni ds. Js. werden täglich von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Kassenlokal der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck, Meißhauerstraße 55/57, die Wahlberechtigten zur Ausschuswahl in die Wählerlisten aufgenommen. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Mitglieder der Kasse und deren Angehörige.

Der Vorstand des Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsbundes, Ortsauschuß Lübeck, und der Vorstand des Allgem. freien Angestelltenbundes, Ortsstell Lübeck, ersucht hiermit alle B. A., B. O. und Baudelegierten, sich unverzüglich mit ihren Arbeitgeberinnen in Verbindung zu setzen und dieselben zu ersuchen, die Meldung zwecks Aufnahme in die Wählerlisten an der Hand der in jedem Betriebe vorhandenen Listen bei der Ortskrankenkasse vorzunehmen. Wo der Wunsch der Arbeitnehmer bei den Arbeitgebern auf Widerstand stößt, bitten wir alle Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dann unter allen Umständen die Meldung bei der Kasse selbst vorzunehmen.

Jeder sich anmeldende Wähler hat sich über seine Wahlberechtigung auszuweisen. Als Ausweis genügt eine Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers. Jeder der sich Meldenden erhält nach Anerkennung seiner Wahlberechtigung einen Ausweis.

Wir bitten nochmals unverzüglich diese Arbeiten vorzunehmen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsauschuß Lübeck.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Ortsstell Lübeck.

Schöffengericht.

Ein arößerer Diebstahl, der in einem hiesigen Geschäft ausgeführt sein soll, stand am Dienstag zur Verhandlung. Es handelt sich um Erben, Tüll, Strümpfe, Wäsche usw. im Werte von rund 2500 Mk. Die Ehefrau S., die früher als Verkäuferin in dem Geschäft tätig war, wird beschuldigt, die Sachen an eine Verwandte (eine Schneiderin), zum Teil zu einem billigeren als den ausgezeichneten Preis verkauft, oder auf andere unreele Weise verabfolgt zu haben. Eine ganze Anzahl von Zeugen wurden vernommen, die größtenteils nichts Belastendes gegen die Angeklagten auslagten. Von dem großen Diebstahl blieb nur übrig, daß Frau S. sich einmal einige Kleinigkeiten angeeignet hat. Dieses gab die Angeklagte ohne weiteres zu, doch will sie die Sachen wegen einer plötzlich eintretenden Krankheit gebraucht haben. Frau S. erhielt wegen Diebstahls 3 Tage Gefängnis und wegen Unterschlagung 50 Mk. Geldstrafe. Die Schneiderin, die wegen Beihilfe zum Diebstahl angeklagt war, und in deren Wohnung das angebliche Diebesgut bei einer Haus-suchung beschlagnahmt wurde, wurde freigesprochen. — Wegen gewerkschaftlicher Unzucht wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen Frau W. verhandelt. Die Angeklagte will die Handlungen aus Not begangen haben, um ihre Kinder zu ernähren. Ihr Mann befand sich wegen Geschlechtskrankheit im Krankenhaus und so stand die Angeklagte mit ihren Kindern allein. Der Kraftwagenführer Z. wird beschuldigt, von der Angeklagten, deren Lebenswandel er kannte, Lebensunterhalt angenommen zu haben. Er gab das zu, doch will er nur hin und wieder von der Angeklagten bewirtet worden sein. Frau W. erhielt 4 Wochen Gefängnis und der Mitangeklagte Z. 1 Monat Gefängnis. — Billige Fische verführten die Arbeiter H. und G. sich dadurch zu verhaseln, daß sie einen Fischkorb ausgeraubten, da der Korb aber zerbrach, so schwammen die Fische von dannen. Die Angeklagten, die nicht bestraft sind, erhielten wegen verführten Diebstahls und Sachbeschädigung je 6 Wochen Gefängnis. — Wegen eines Diebstahls von einer Schapstiefe, einigen Zigarren, einem Korsett, 1 Paar Säuben und einigen Mark Geld hatte die Witwe M. einen Strafbefehl von 6 Wochen Gefängnis erhalten. Die dagegen eingelegte Berufung war von Erfolg; die Strafe wurde auf 3 Wochen ermäßigt. — Die Diebesbeute verjübelt. Der erheblich vorbestrafte Arbeiter R. erbrach die Kommode seines Arbeitskollegen, mit dem er zusammen wohnte und stahl eine Brieftasche mit 300 Mark Inhalt, ferner einen Ring und eine silberne Uhr mit Kette. Der Angeklagte ist nicht nur geständig, den Diebstahl ausgeführt, sondern gab auch zu, das Geld zum Teil im „Süden“ verjübelt zu haben. Das Gericht erkannte wegen schweren Diebstahls auf

ders bin, das ist, weil ich von meiner Freundin gelernt habe, wie fern es ist, frei zu sein. Darum bin ich dir gegenüber jetzt auch unbedingener. Ich laß dich jetzt aus, wenn du anfängst, mich zu verstimmen. Es macht mir Spaß, daß ich dich hinauswerfen kann, wenn du nicht brav bist.“

Sie lächelte bei ihren Worten und machte ein Gesicht wie ein ausgelassenes Kind. Dann setzten sie sich zusammen zum Essen nieder, und er ließ durch einen Jungen, der im Hause wohnte, etwas Bier holen.

„Martha, ich bleibe heute abend bei dir. Es ist mein letzter Abend in Newyork.“

„So, und der arme Doktor, der dann einsam und verlassen sitzt und sich betrinkt? Du hast es ihm doch versprochen, daß du kommst.“

Aber jetzt war er es, dem es gleichgültig war, ob der Doktor trank oder nicht. „Mitleid ist es ihm ganz recht, wenn ich ihn allein lasse. Wir müssen jeder seinen Abschied auf seine Weise feiern. Also ich bleibe hier.“

„So? Das wollen wir aber noch sehen.“

„Ach, du glaubst ja selber nicht, daß ich jetzt so fortgehe. Du sagtest doch vorher, wir müßten uns noch lustig erzählen.“

„Ja, aber nicht den ganzen Abend. Und dann fängst du wieder mit deinen traurigen Reden an und machst mich auch traurig. Und du sollst doch fröhlich fortgehen.“

„Jetzt hast du Angst, und dabei bist du ganz frei. Wenn du sagst, ich soll gehen, dann tu ich es sofort. Aber ich bleibe schon, und morgen früh halten wir drei, der Doktor mit, noch einen lustigen Beischensmaus.“

„Weißt du, was mich am meisten freut?“ fragte sie nach einer Weile. „Ich fürchte so sehr, du würdest dich jetzt ganz gehen lassen und verkommen. Aber jetzt weiß ich sicher, daß es dir gut geht.“

„Sagst du von Bender nicht mehr gehört?“ fragte er plötzlich. Sie lachte leicht zusammen und erwiderte: „Ich habe ihn zufällig gestern getroffen.“ sagte sie leise.

„Gestern?“

„Er lag mich auf der Straße und kam gleich zu mir herüber. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, was er mir erzählte. Er wollte mit der Tochter seines Vaters durchgehen. Aber ein anderes Mädchen, mit dem er sich auch abgeben, verriet ihn, und der Vater ergriffte die beiden und warf ihn raus. Aber er sagte, er möchte sich gar nichts daraus an, er habe genug Geld und wolle schon etwas anderes finden.“

„Er hat auch mit ihm einmal von seinem ewigen Unglück erzählt.“ Er sagte, er würde schließlich noch einmal im Straßen-graben ausstürzen, wenn es mit seiner Spannkraft und Jugend vorbei sei. Er's Wahres ist doch daran.“

„Ja, er hat in allen Dingen Glück, und schließlich doch in allen Dingen Un Glück. Aber er findet sich doch stets wieder zurecht, er ist unverwundlich.“

Wittkamp blieb die Nacht über bei Martha. Er war so überflutend glücklich in ihrer Nähe, so anbetend in seiner Liebe, daß sie jetzt erst ganz begriff, wie schmerzhaft er die Trennung empfunden habe. Und nun erzählte sie ihm auch weinend und glücklich die Wahrheit über ihr Kind.

„Ich wollte es dir nicht sagen, weil du dich sonst nicht losgerissen hättest. Und es mußte doch sein.“

Er lag ganz still an ihrer Seite ohne ein Wort zu sprechen. „Meinst du, ich hätte dich sonst bei mir aufgenommen?“ fuhr sie fort, „oder etwas von deinem Saufen behalten? In dieser Hinsicht bleiben wir immer zusammen.“

„Martha —“ begann er in flehendem Tone. „Nein, du fährst jetzt nach Hause, und ich bleibe hier. Das Kind gehört mir ganz allein. Das ist meine Heimat. Das Kind wird mir helfen allein zu sein.“

„Martha, wenn es mir später einmal gut geht, und ich habe das Geld, darf ich dich dann einmal besuchen kommen?“

„Natürlich kannst du uns besuchen kommen, aber sonst, meine Freiheit geh ich nicht mehr auf. Man hat mich immer nur gehorchen gelehrt, ich bin stets nur eine Sache gewesen. Aber das weiß ich jetzt besser, was ich bin und was ich tun soll.“

„Aber wenn du nun in Not gerätst?“

„Hör mal, du bist ein zu guter Mensch, sonst würde ich dich jetzt vor die Tür setzen. Wenn einer von uns beiden vor der Zukunft Angst haben soll, dann bist du es. Und ich freue mich schon, wenn du mich zum ersten mal um Unterstützung bittest.“

„Hast du denn keine Hoffnung? Wenn du einmal müde wirst, allein zu sein, oder wenn es dich auch zurücktreibt!“

„Du und der Doktor, ihr seid keine Menschen für dieses Land. Mir gefällt ja auch nicht alles. Aber wenigstens kann ich hier als Frau leben wie ich will. Hier schreibt mir keiner vor, was ich tun soll. Darum bleibe ich hier.“

In der Morgenstunde mußte er Abschied nehmen. „Nein, ich gehe nicht mit euch aus. Ich habe viel zu viel zu tun, und die Leute warten schon auf ihre Wäsche. Wenn du mich wirklich später einmal besuchen kommst, dann findest du vielleicht ein großes Geschäft und mich als Bek.“

„Dann komm eine Stunde über Mittag! Der Doktor würde sich so freuen.“

„Nein, jetzt ist die beste Stunde zum Abschiednehmen. Größ mir den Doktor recht herzlich, aber mit euch zu kaufen, dazu hab ich keine Zeit.“

(Fortsetzung folgt.)



ein Jahr Zucht aus. Nach der Urteilsbegründung fiel bei der Strafbemessung erschwerend ins Gewicht, daß der Angeklagte einen Arbeitskollegen bestohlen und das Geld leichtsinnig verjubelt hat. — Ein schwerer Junge ist der u. a. mit Zucht aus vorbestrafter Schloffer H. Ihm wurden drei Einbruchsdiebstähle, die er gemeinsam mit zwei Komplizen ausgeführt haben soll, zur Last gelegt. Bei einem dieser Diebstähle wurde er abgefaßt und ihm ein scharf geladener Revolver abgenommen. Er gab die Ausführung dieses Diebstahls zu, bestritt aber, an den anderen Diebstählen beteiligt zu sein. Ein Mittäter bekundete dagegen als Zeuge, daß der Angeklagte die Einbrüche, bei denen ihnen Wäsche von erheblichem Werte, Schinken, Speck usw. in die Hände fielen, verübt habe. Das Urteil lautete auf 6 Jahre Zucht aus und 10 Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

### Deutschnationaler Hilferuf.

In der Rechtspreffe wird durch die Bank eine Not der arbeitenden Bevölkerung abgelesen. Ja, man geht noch so weit und dichtet den Arbeitern viel bessere Existenzbedingungen an als den gebildeten Schichten. Das lässige Amtsblatt schwang sich unlängst zu der Behauptung auf, daß der Arbeiter so gut wie keine Steuern bezahle. Bei der engen Verbindung bürgerlicher Redaktionen mit deren Verlegern hätte zwar eine Anfrage genügt, um sich durch Einsicht in die Lohnliste der eigenen Arbeiter und Angestellten eines Besseren zu überzeugen, aber dann wäre ja das ganze Schwimmbad verborben gewesen. Oder ist der Amtsblattverlag so solennid geworden und zahlt diese Steuern aus dem großen Kassenkranz, damit die Arbeiter nichts von der Last merken? Wir glauben kaum, daß wir unsere erste Ansicht revidieren müssen. Doch dies nur nebenbei. Die Not ist in allen auf Lohn und Gehalt angewiesenen Schichten groß. Sie wird auch von allen christlichen Leuten zugegeben und durch einen Hilferuf eines „nationalen“ Majors in einer hiesigen Zeitung wie folgt bekämpft: „Vandale! Helft unsern untererdrückten Kindern! Der nimmt in den großen Ferien umsonst Großstadtkinder nationaler Eltern auf? Besondere Wünsche werden weitgehendst berücksichtigt. — „National“ müssen die Eltern halboberflüchtiger Kinder natürlich sein, sonst bleibt den armen Wärmern und Opfern agrarischer Wohlflucht die agrarische Schüssel verschlossen. Da besondere Wünsche berücksichtigt werden, wird die Auslese schon so vor sich gehen, daß ja auch das Standesgemäße gewahrt bleibt. Der sittliche Zweck der Hilfe wird durch das der Ankündigung innewohnende Brutale vollständig vernichtet. Wie erbärmlich nimmt sich doch ein solch deutschnationales Liebeswerk aus, wenn man dem die wirklich großartige und großzügige Hilfe des neutralen Auslandes an deutschen Kindern entgegenstellt. Aber hier zeigt sich so recht die Klassencheidung unserer nationalen Gegendienen. Die deutschen Agrarier sind gerade die Hauptschuldigen an der Unterernährung des Volkes im allgemeinen und der bedauerlichen Kinder im besonderen. Sie haben Wucher- und Schleichhandel im großen getrieben, sie treiben heute noch die Preise für ihre Produkte ins Ungemessene und verursachen im großen das Gland und die Unterernährung. Was verschlägt es da, wenn von den Hunderttausenden von Kindern einige „national“ nennt, weiß gar nicht, wie vaterlandsfeindlich er denkt.

Veranstaltung einer Musterchau von Lübeckischen Industrie- und Handwerkszeugnissen während der Nordischen Woche. Die Anregung, während der Nordischen Woche (1.—11. Sept.) in Lübeck eine Musterchau von Lübeckischen Industrie- und Handwerkszeugnissen zu veranstalten, hat nach den Angaben des vorbereitenden Ausschusses lebhaften Beifall gefunden. Die Musterchau soll keine allgemeine Handelsmesse darstellen, sondern soll einen Ueberblick geben über die Produktion der einheimischen Industrie und des einheimischen Handwerks. Danach können nur solche Ausstellungsgegenstände zugelassen werden, welche in Lübeck oder in gemischten Betrieben selbst fertiggestellt sind. Bisher sind bereits von etwa 70 Ausstellern Voranmeldungen eingelaufen. Der Bau von kostspieligen Ausstellungen ist in Lübeck naturgemäß nicht in Frage gekommen. Die Platzfrage muß vielmehr auf billige Weise durch Benutzung bereits vorhandener geeigneter Räume unter Zuhilfenahme von Baracken oder Zelbauten gelöst werden. Als geeigneter Platz erscheint die Gegend am Holstentor im Anschluß an die große Zentralnischmarkthalle und die alten Silberräucherer. Sobald weitere Einzelheiten über den Platz, die Platzmieten, Raum- und Ausstellungsgruppenverteilung usw. festgelegt sind, wird den Interessenten durch die Presse näheres mitgeteilt. Den vorbereitenden Ausschuss bilden die Herren: Direktor Carl Hoffmann (Vorsitz), Malermeister C. Helmsohn, Adolf Willis (Leiter des Zentralnischmarktes), ferner Otto Logemann, Fr. Schramm, Dr. Reibel, Johs. Kern, Herrn. Wandke und Dr. Schäffe.

Postkreditbriefe. Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird von neuem aufmerksam gemacht. Sie erleichtern bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich. Der Postkreditbriefinhaber kann seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des deutschen Reiches in einfacher Weise ergäßen. Der Postkreditbrief kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll — Höchstbetrag jezt 10 000 Mark — bei jeder Postanstalt bestellt werden. Postkreditbriefen überweisen den Betrag von ihrem Postkonto auf ein für sie beim Postkreditamt anzulegendes Postkreditbrief-Konto. Abholungen — bis zu 3000 Mark an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des deutschen Reiches zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief die zugehörige, mit dem Postkreditbrief gleichzeitig ausgefertigte Ausweisstarke vorzulegen. An Gebühren sind zu entrichten: 2 Mk für die Ausfertigung des Postkreditbriefes und 40 Pfg. für jede Rückzahlung bis 100 Mk., bei höheren Beträgen 20 Pfg. mehr für je 100 Mark.

Die Oberlehrerhilfe hat, wie die Hauptgeschäftsstelle in Breslau meldet, erfreuliche Ergebnisse erzielt. Im Sammeljahr auf dem Güterbahnhof Breslau-Df sind umfangreiche Mengen von Fleisch- und Gemüsekonjerven, Speck und Wurst, Schnittbrot, Kartoffeln, Bohnen, Erbsen und Getreide u. a. eingegangen. Die Spenden werden in Lebensmittelpakete einverpackt. In jeder Lebensmittelpaket befinden sich u. a. 1 1/2 Pfd. Erbsen, 1 1/2 Pfd. Weiz, 1 1/2 Pfd. Reis, 3 Pfd. Bohnen, eine Büchse Gemüse oder Fleischkonjerven. Die Sendungen werden an ihrem Bestimmungsort von Vertrauensleuten der Vereinigten Hände heimattreuer Oberlehrer im besetzten Gebiet übernommen und verteilt. In erster Linie werden die von den Ausstän-

bischen besetzten Gegenden bedacht. Aus allen Gebieten Ober-Schlesiens treten zahlreiche Wünsche an die Vereinigten Verbände heran, doch durch Ueberfüllung von Lebensmitteln auszubehalten. Es dürfte sich deshalb empfehlen, daß im Reiches weiterhin der Sammlung von Lebensmitteln volle Aufmerksamkeit geschenkt wird. Alle Geber sind des Dankes Tausender armer und bedrängter Menschen sicher!

Stadtbibliothek. Laut Senatsbescheid vom 7. Mai wird fortan die Erhebung der in der amtlichen Anzeige dieser Nummer unseres Blattes bekannt gegebenen Jahresbücher für die Entleerung von Büchern erfolgen. Die Benutzung des Zeitschriften- und Lesesaals, in dem ständig wechselnde Auslagen neuer Bücher veranstaltet werden, sowie der Gebrauch der Handbibliothek und der im Lesesaal befindlichen Bücher der Haupt-Sammlung sind frei von Gebühren. Der Bestand der Bibliothek umfaßt heute rund 200 000 Bände, Schriften und Musikalien. Die umfassenden Bestände der Stadtbibliothek auf den verschiedenen Gebieten des Wissens und der Bildung werden erfreulicherweise jetzt von den besten Volkstheatern benutzt. Die Leserschaft ist auf etwa das Dreifache im letzten Jahre gestiegen. Die Jahresleihengebühr ist als mittlerer Gebührensatz deutscher Stadtbibliotheken gemittelt. Der Entlohnung der alten Leiharten gegen die für das laufende Rechnungsjahr jetzt auszugebenden Karten und die gegen Vorzeigung eines Personalausweises erfolgende Entlohnung neuer Leser hat begonnen. Um unnötiges Warten zu vermeiden, wird empfohlen, die Einschreiben der Namen mit den Anfangsbuchstaben A—G in der Zeit vom 24.—26. 6., H—P vom 27.—30. 6. und Q—Z vom 1.—3. 7. vornehmen zu lassen oder die Einschreibung in den August zu verlegen. Die Bibliothek ist geöffnet werktäglich (außer Sonnabend nachm.): 9—1 und 5—7 Uhr. Vom 17. Juli bis 6. August ist die Stadtbibliothek geschlossen.

Verein „Arbeiter-Jugend“. Sonnabend 8 Uhr abends, Abmarsch zur Sonnenwendfeier vom Gewerkschaftshaus aus.

Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs in Lübeck hat nach dem Vorgang anderer Städte, insbesondere von Nürnberg, offizielle Fremdenführungen durch Lübeck eingerichtet, die vom Mittwoch, 22. Juni ab stattfinden sollen. Unter geschulter Leitung werden die Hauptsehenswürdigkeiten, wie Rathaus, Marienkirche, Dom, Schabbelhau, Schiffersgesellschaft, Holstentor, Burgtor, Häusergruppen der Fischstraße, Wahnstraße usw. besucht. Auch sehenswerte und malerische Höfe und Gänge in den Kundgang einbezogen. Die Führungen sollen während der Festmonate täglich stattfinden, sie beginnen Werktagen vormittags 9 1/2 Uhr, nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Festtags: vormittags 10 1/2 Uhr und beginnen in der Geschäftsstunde des Fremdenverkehrsvereins, Mengstraße 4. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 5 Mk. für Erwachsene und 2,50 Mk. für Kinder erhoben.

Sansa-Theater. Auf das morgen Donnerstag stattfindende Gastspiel Reinhold Wolfs in der Schwanoperette „Der verjüngte Adolar“, in der er die Titelrolle spielt, sei nochmals hingewiesen.

Badeanstalt Falkendamm. Wassermärme am 22. Juni, morgens 6 Uhr 14°, mittags 12 Uhr 14° Celsius.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Engerer Zusammenschluß der Betriebsräte des Wirtschaftsbereichs Hamburg-Schleswig-Holstein. Schon seit längerer Zeit hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß die löse Organisation, wie sie bisher unter den Betriebsräten bestand, eine weitere Festigung erfahren müßte, wenn das Betriebsrätegesetz voll zur Geltung kommen soll. Der Austausch von Erfahrungen spielt bei der mannigfaltigen Auslegung des Betriebsrätegesetzes eine große Rolle. Eine einheitliche Stellungnahme könnte aber bisher nicht durchgeführt werden. Der Ortsausschuß des ADGB, Hamburg in Verbindung mit dem Ortsrat des AFABundes und der Betriebsrätezentrale Groß-Hamburg hat deshalb sich zur Aufgabe gemacht, die vorhandenen Lücken durch ein Engerziehen der großen Maschinen im Reize auszufüllen. In Verbindung mit den Ortsausschüssen des ADGB, und den Ortsstellen des AFABundes ist das Wirtschaftsgebiet Provinz Schleswig-Holstein einschließlich der Orte Stade und Lützel in 5 Vorortbezirke eingeteilt. Hamburg ist Zentrale. Ein Bezirkssekretariat ist errichtet und ein Sekretär angestellt. Jeder Vorort entsendet zu seiner Vertretung je zwei Mitglieder (ADGB und AFABund) in den Bezirksvollversammlung, der für das gesamte Gebiet zur Durchführung und besseren Ausnutzung des BRG. einheitliche Richtlinien herausgibt. Die bessere Unterstützung der kleineren Ortsstellen und die bessere Durchführung und Ausführung besteht darin, daß die Ortsausschüsse pro Kopf und vollzahlendes männliches Mitglied 50 Pfg. pro Jahr, weibliche Mitglieder die Hälfte, an das Bezirkssekretariat, St. Hamburg, abführen. Für die Bearbeitung des ihnen überwiesenen Gebietes erhalten die Vororte ein bestimmtes Pauschale von dem zu leistenden Beitrag zurück. Eine bereits in Hamburg stattgefundene Konferenz hat Richtlinien aufgestellt, die den Zweck, den Aufbau und die Aufgaben der Organisation festlegen. Ebenso sind Richtlinien für die Finanzierung der Organisation aufgestellt. Soll das Recht der deutschen Arbeitnehmer im Produktionsprozess mitbestimmend sein und werden, so ist eine sach- und sachgemäße Durchbildung derjenigen, die berufen sind, das Amt eines Betriebsrates auszuüben, notwendig.

Hamburg. Lufttat unter Spaniern. Aus Eiferfüchleri entspann sich zwischen einigen Seizern von Bord des Dampfers Bensalem ein Streit, der auf dem Heimwege von einer Streife durch St. Pauli bei der Rückkehr an Bord zu Tätlichkeiten ausartete. Die Mehrzahl der Seelute war gegen den Spanier Rodriguez derartig erbittert, daß sie dessen Kofe fürmten, ihn herauszerrten und auf ihn einschlugen. Die erregten Spanier wollten ihren Landsmann ins Wasser werfen, zogen ihre Messer und stachen auf den in ihrer Gewalt befindlichen R. ein. Einer der erregten Spanier holte eine schwere Schiffsart herbei, mit der er auf Rodriguez einbrang. Dem Unglücklichen wurde der Schädel zertrümmert, so daß er zum Tode verurteilt wurde. Aufkommen wird gezwweifelt.

Breuz. Der Streit der Fleischergehilfen ist zu deren Gunsten beendet.

Süßwaren. Vom Bullen getötet. Ein Schüler reizte vor dem Nachhauertreiben der Rube einen Bullen mit einer über den Kopf gezogenen Jacke. Das Tier wurde wild, schleuderte den Jungen in die Höhe und rannte dann noch einmal auf ihn zu, um ihm einen Stoß zu verlegen. Die Hörner drangen in

den Mund und zertrümmerten Kiefer, Gaumen und Gehirn. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ist der Junge am anderen Morgen gestorben.

Begegnung. Arbeiterentlassungen. Die Reedereien haben, wie das „Hga. Fremdenbl.“ berichtet, große Aufträge zurückgenommen. Die Direktion der Bremer Wullan will deshalb von der Zeit 1900 Arbeiter entlassen. In einer Besammlung der Belegschaft wurde der Vorschlag angenommen, da die von der Hamburg-Amerika-Linie in Auftrag gegebenen Schiffe schnellstens abgeliefert werden müssen, für 2—8 Wochen Ueberstunden zu machen. Eine Bezahlung dieser Ueberstunden soll so erfolgen, daß diese Stunden nach Beendigung der Arbeit als weitere Arbeitsstage verrechnet werden, ohne daß gearbeitet wird.

Odenburg. Ein Teil der Odenburger Galerie in Amsterdam veräußert. Die heimliche Fortschaffung der Hauptteile der Odenburger Galerie, die Privatbesitz des Odenburger Großherzogs war und eine der ersten kleinen fürstlichen Sammlungen Deutschlands bildete, erzeugte 1810 beständige Empörung. Der odenburgische Staat hatte damals nicht zugegriffen, und so wanderten 4 Rembrandts, 3 Rubens und manches andere wertvolle Bild nach Holland. Man glaubte sie längst über den großen Teich. Da meldete jetzt „Der Sammler“, daß in aller Stille und mit ungewöhnlichen Vorsichtsmahregeln dieser Tage in Amsterdam eine Versteigerung der neueren Gemälde aus dem Besitz des früheren Großherzogs stattgefunden hat. Das Hauptstück, die „Medea“ von Anselm Feuerbach, erwarb der Berliner Kunsthändler Cassirer. Der Großherzog hatte weder das Recht, die Kunstwerke außer Landes zu bringen, noch hat er für diese Bestiz die Lasten auf sich genommen, die er als deutscher Nationalanpächter zu tragen verpflichtet ist. Sollte es nicht doch Mittel und Wege geben, dem edlen Erlandsesvater, der sowohl den deutschen Kunstbesitz als den deutschen Nistis aufs schwerste geschädigt hat, das Geschäft gründlich zu verfallen?

Bremen. Verurteilte Reichswehrsoldaten. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute drei Angeklagte der Reichswehr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einfachen Vordfriedensbruchs, begangen während des am 8. März 1920 erfolgten Zollstreikes an französischen Offizieren, die der Sentenalkommission angehörten, und zwar einen Einzelkämpfer zu zwei Monaten und einem Tag Gefängnis und die beiden übrigen Einzelkämpfer zu drei Monaten und einem Tag Gefängnis.

### Aus aller Welt.

Die Kartenspieler im Erbgräbnis. Aus Königsberg wird berichtet: Ein Besucher einer alten und lange nicht mehr benutzten Königsberger Begräbnisstätte, die einst ein Parter für sich und seine Familie hatte anlegen lassen, entdeckte eine Rauchsäule, die über dem Erbgräbnis schwebte. Als er neugierig näher trat, bemerkte er zunächst in einer Ecke der Begräbnisstätte einen Ofen, dessen Rohr ins Freie geführt war. In der Mitte des Raumes aber stand ein Tisch, an dem drei Männer saßen und Karten spielten. Die „Ostpreussische Zeitung“ entkräftet sich über diese Betätigtigkeit. Nichtiger aber wäre ein Hinweis gewesen, daß die Wohnungsnot in Königsberg so groß ist, daß sie Leute dazu zwingt, sich in alten und halb verfallenen Erbgräbnissen wohnlich einzurichten.

Großfeuer in einer Zigarettenfabrik. Bei der Hallschen Pflanzerschaft gerührte ein Großfeuer einen Teil der Zigarettenfabrik sowie ausgedehnte Lagergruppen. Das Kesselhaus konnte gerettet werden. Der Schaden ist sehr erheblich. Die Zigarettenfabrikation ist vorläufig unterbrochen.

Starke Erdbübe in Unteritalien. In Messina und Reggio ereignete sich eine Reihe starker Erdbübe, die von unterirdischem Beheul begleitet waren. Ein Teil der Bevölkerung kampiert unter freiem Himmel, indessen sind infolge neuer Bauart der Wohngebäude vorläufig keine Schäden zu verzeichnen.

Eine Negerkirche in Brand gekickt. Aus Washington wird gemeldet: In Antreville (Staat Carolina) steckte eine große Menschenmenge eine Kirche in Brand. Man vermutet in den Täter Personen, die vor einigen Tagen Häuser von Negern in Flammen aufgehen ließen. Als Ursache wird die Ermordung eines zwölffährigen Weibes von einem Neger angegeben.

Der Palast des Herodes. Nach Meldungen aus Jerusalem ist bei den Ausgrabungen in Askalon ein Teil des von Herodes dem Großen erbauten Palastes bloßgelegt worden, dessen Größe und Schönheit der Geschichtsschreiber Josephus als bewunderungswürdig bezeichnet. Es wurden Bildwerke des Apollo, der Venus, eine Viktoria- und eine Giganten-Statue des Königs Herodes gefunden.

### Sport.

Das am letzten Sonntag ausgetragene Gesellschaftsspiel Vorwärts I gegen Komot I (Flottbeck) endete mit einem Siege von 5:3 für Vorwärts. Das Spiel selbst litt sehr unter dem starken Wind. Der neu eingestellte Mitteläufer führte sich gut ein. Nicht auf den Linksauber, der seine frühere Spielfähigkeit noch nicht wieder beizt, gaben alle ihr Bestes. Die 2. Mannschaft siegte gegen Moisling I mit 4:3 Toren. Die 3. Elf gegen Moisling 2 unentschieden 2:2.

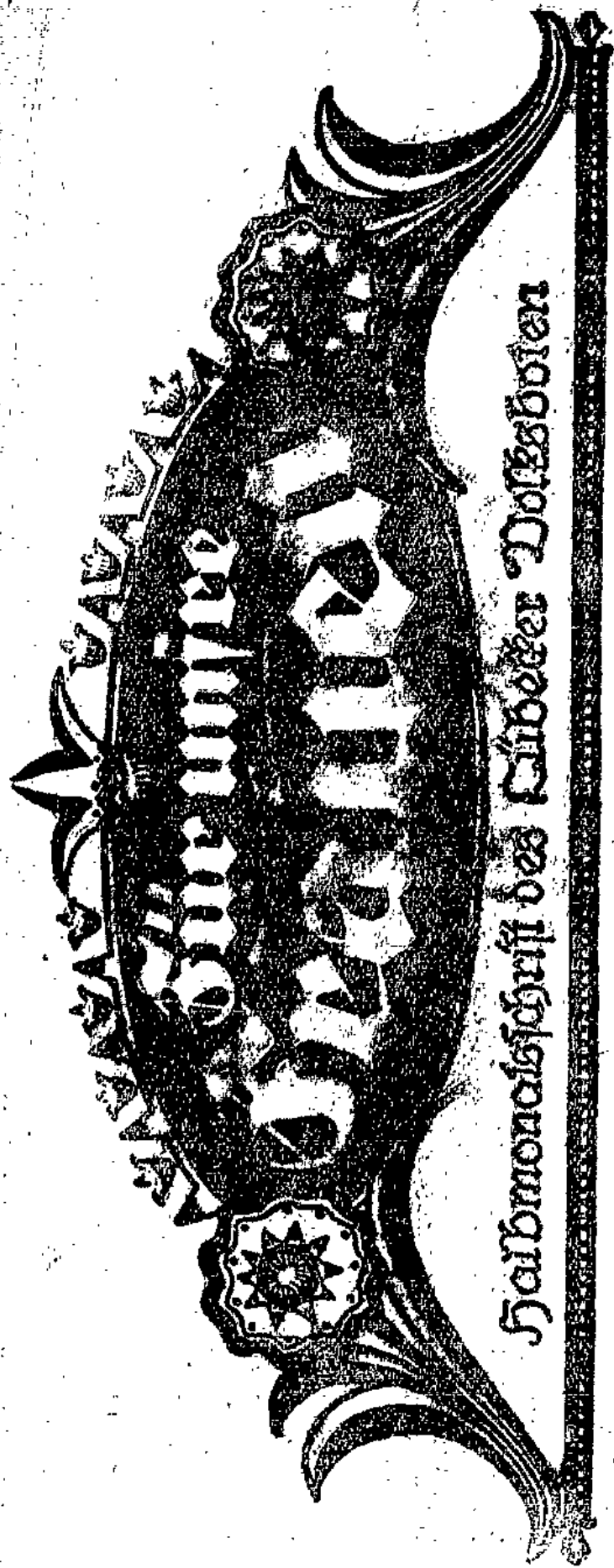
Am Sonntag, dem 26. Juni, feiert der Ballspielverein Vorwärts sein 2. Stiftungsfest. Aus diesem Anlaß finden verschiedene Spiele statt. Als Gegner sind folgende Mannschaften gewonnen: morgens 9 1/2 Uhr Schlußup I gegen Vorwärts I (Schlag- und Faustball), nachmittags 1 Uhr Harburg 2 gegen Vorwärts 2, 2 1/2 Uhr Viktoria I (Schüler Kiel) gegen Vorwärts I (Schüler), anschließend daran spielt die 1. Mannschaft gegen Vorwärts I (Schiffbeck-Hamburg). Die Hamburger Mannschaft konnte bisher in 2 Gesellschaftsspielen gegen Ligaverine mit 5:3 und 2:1 auf, abschneiden. Deshalb ist man auf den Ausgang dieses Wettkampfes sehr gespannt. Die Spiele finden auf dem alten Rasenplätze statt.

### Geschäftliches.

Gausfrauen! Veräümt nicht, die am Donnerstag, dem 28. Freitag, dem 24. und Sonnabend, dem 26. ds., vorm. 10—1 und nachm. 3—6 Uhr, vielfachen Wünschen des Publikums entsprechend, wiederholt stattfindenden Vorführungen des außergewöhnlich praktischen und billigen, Zeit- und Geld ersparenden Einlochapparates „Wibo“ zu besuchen! Die Vorführungen finden statt im Holstenhaus in der Spezialabteilung für Haushaltwaren.

 <p>Der beste Shampoo <b>Urbin</b> Millionenfach verwendet man ihn In Dosen aller Größen überall erhältlich. Fabrik: Urban &amp; Lorenz, Charlottenburg.</p>	<p><b>Pa. Ledersohlen</b> aus Treibriemen-Abfällen empfeht billigst <b>F. Brons,</b> Zachweh-Aller 5a, I. Fernsprecher 466. (3196)</p>	<p><b>Preiswertes Angebot!</b> Mais hell (3208) Mais gebrochen Mais geschrotet Haferfuttermehl Hühnerfutter Spezialität: Schweinemastfutter <b>Carl Moll, Dampfmühle</b> Altsiede 12/14, Tel. 324</p>	<p><b>Neueste Ausgabe!</b> <b>Kommentar zum Betriebsrätegesetz.</b> Enthaltend u. a.: Muster arbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums. Von Dr. Georg Fintow. Preis Mk. 12.50. Buchhandlung <b>Friedr. Meyer &amp; Co.</b> Johannisstraße 42.</p>	
<p><b>Junges Mädchen</b> mit guter Handschrift. 3220) <b>Hilfsterdamm 6.</b> Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlich. H. Westphal u. Frau geb. Hermann. 3207) 3. Friedrich 3. ver. (3209) Brews, Siegelstr. 6/14.</p>	<p><b>Laubmädchen</b> 14 bis 16 Jahre für leichte Botengänge gesucht. (3204) Fleischhauerstraße 56.</p>	<p>Ein leeres Zimmer zu mieten gesucht. Ang. unt. R 3 a. d. Exp. (3215) Stade m. 15 ausg. Ruten, ein guter Kasten-Terrier z. ver. Dallmann, Dummerstort. (3211) Betr. Gängelampe, weiße Schuhe 30, Waage 1/2 P. 4j. An. Heimsbüren, Heide 42 (3205)</p>	<p><b>Salzheringe</b> in jeder Preislage Anchovis — Rollmops Fischkonserven aller Art billigst. (3199) <b>Fischversandhaus „Nove“</b> Al. Burgstr. 6. Wiedervert. Engros-Preise.</p>	<p><b>Rechnungs-Formulare</b> werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer &amp; Co. Johannisstraße 42.</p>





Wochenblatt des Lübecker Volksboten  
Mittwoch, am 22. Juni.  
Jahrgang 1921.

Nummer 8.

### Frauen.

O Frauen, wie das Ros der Erde falle,  
Wie wechselet eures: Leiden, Kampf und Not.  
Ob Frieden blühe, ob das Schlachthorn schalle,  
Ein ew'ger Brand von eurem Opfer loht.  
Die weiße Hand, die fremdes Weh verbunden,  
Die schöne Hand, zu niedrigem Dienst bequemt,  
Berberst beghämt die eignen bitteren Wunden;  
Euch küßt kein Glücklicher, wenn Schmerz euch lähmt.  
Die edles Denken haucht wie eine Blume,  
Die feine Stirne, schmückt kein Ehrenkranz,  
Von eurer tapfern Herzen Herdentanz,  
Singt keine Chronik, prächt' kein Ordensganz.  
So hold' tragt ihr das Haus, ihr aufricht' Söhnten,  
Als wär' ein Diadem das Stammortdanz;  
Wer dächte, der euch lächeln sieht, zu danken?  
Den trautlos Scheidenden blüht keiner nach.  
Die jartice Brust schreit keines Ritters Eifer,  
Wie Sklaven kämpft ihr, schloßlos, namenlos,  
Und steigt, wenn Völker ihre Selben preisfen,  
Bergsch'ne Sieger, in den dunklen Schöpf.  
Ricarda Buch.

immerzu, während Kurt säkeweis geworden ist. Voller Angst schreit er beinahe die Bräuter an:  
"Das seid ihr nicht, wir brauchen keinen fremden Mann im Haus, dazu bekommt Du nie meine Einwilligung."  
"Küthe Schumann laßt verschmilt, dann sagst sie."  
"Gütliche Weise braucht eine Mutter die Einwilligung ihrer Kinder nicht, um heiraten zu können."  
"Haben wir nicht alles für Dich getan, habe ich Dich nicht versorgt, wie ein richtig gehender Vater?" fragt Kurt aufgeregt.  
"Kathrine streichelt ihrem Sohne die Hand:  
"Du bist ein guter Junge, aber den Vater ersetzen kannst Du nicht. Denn mal, wenn Ihr Euren eigenen Hausstand gründet, wo bleibe ich, wo ich doch erst 42 Jahre bin? Und Kette?"  
"Wir bleiben alle bei Dir, Mutter, Ehrenwort, ich schwöre."  
Er hält die Gabel hoch in die Luft und sieht die Mutter ängstlich an, ob sie nun nicht doch ihre Heiratsgedanken aufgeben möchte. Erna hat sich von ihrer Gräte erholt und blüht gleichfalls auf die Mutter, die nun voll ihre beiden großen Kinder anlächelt:  
"Wenn Ihr den neuen Vater kennen lernt, werdet Ihr frohlich sein, er ist ein lieber Mensch." Schwärmerisch schaut sie in die Gasflamme.  
"Ich will ihr gar nicht sehen," jagt Kurt böseartig. "Der Mann ist mit schon jetzt unympathisch, wer ist es denn?"  
"Nun mal ruhig, Kurt. Ihr kennt doch den Herrn Hauelsen?" Ihre Stimme zittert.  
"Hau - Hauelsen? Der? Setzt weis ich, warum der immer so falsch grüßt, wenn er mich sieht. Zu dem soll ich Vater sein, wie er?"  
"Der Herr Hauelsen ist doch nicht viel älter als ich?"  
"Sowohl," ruft Kurt, "der soll die Erna heiraten und Dich in Ruhe lassen."  
"Nun aber wird die Frau unruhiger. "Nicht viel älter als Du? Er ist an die Dreißig."  
"Nun ja, aber ich meine nur, der ist für Dich doch nichts, der pagte doch eher für mich."  
"Sehr richtig, Erna! Mutter, Du kannst doch nicht verlangen, daß wir den Hauelsen als Vater ins Haus nehmen? Also, dann steh ich aus."  
"Ja, ich muß dann wohl auch fort, Mutter, ich glaub immer, Du hast Dir das nicht richtig überlegt. Weißt Du nicht sich das nicht noch richtig machen?"  
"Mutter Schumann steht auf ihren neunzehnjährigen Besitz. Ich hab es mir hundertfach durch den Kopf gehen lassen."  
"Welche hätte ich es, was eher berückten sollen, nun ist es zu spät." Sie schämt sich beinahe vor ihren Kindern.  
Erna sagt nichts, doch blüht sie ihre Mutter vorwärts an, als wollte sie sagen: "Also, so tief bist Du gefunken." Kurt dagegen erklart: "Er kommt mir nicht ins Haus. Voriges Jahr noch ich ihm noch beim Turnfest im Ringkampf geschmissen, jetzt soll ich 'Kapa' legen? Der ist doch man

### Mutter will heiraten.

Von Theodor Thomas.  
Um die dampfende Kartoffelschüssel sitzen Frau Käthe Schumann mit ihren Kindern. Rechts, der Mutter gegenüber, über läßt der neunzehnjährige Kurt, oben am Tischende Erna, die 22 Jahre mit sich herumträgt, und gleich neben ihr der neunzehnjährige Fritz. Der Vater ist seit mehreren Jahren gestorben, Käthe schlägt sich mühsam durch, die Kinder helfen brav mit. Die Frau ist noch sehr jugendlich, fast könnte man meinen, es wäre Ernas Schwester. Rost und kräftig mit schelmischem Gesicht sieht sie ihren Kindern an, wie sie sich an Kartoffeln und Hering gütlich tun. Keiner redet ein Wort, nur wenn einer dem andern die schönste Kartoffel weg-schnappt, hört du ein kurzes Knurren, aber schon geht es weiter, bis, ja bis es zu einem merkwürdigen Ende kommt. Kurt ist gerade dabei, die 27. Kartoffel aufzuspießen, als die Mutter in die Stille hinein das Wort ergreift:  
"Kinder, was meint Ihr, ich will mich wieder verheiraten."  
Die Kartoffel, die Kurt eben in der Arbeit hat, fällt dumpf zu Boden. Erna plätschert aus, doch ihr ein Stück Gräte in die Sonntagsgurgel kommt. Sie laßt

Der Amboß rümpfte verächtlich die große Schnauze und lehnte dem alten Eisen den Rücken zu. Der Amboß war ein Dickkopf. Er dachte nicht daran, daß er ja auch aus Eisen war, und daß das alte Eisen, das so weit gewandert war, auch so blank werden würde, wenn es der Feuergeist erfassen und der Hammer schmieden würde. Er dachte, es gäbe bloß blankes Eisen und schmuckiges und bestaubtes — von vornherein — und dabei bliebe es. Es war eben ein Dickkopf, und er wußte auch nicht, wie mühsam sein Meister dies alte Eisen gesammelt hatte, um es in der Dämmerung umzuschmieden.  
Das alte Eisen fühlte sich sehr erleichtert, als der Amboß ihm den Rücken gelehrt hatte und es seine abweisenden Blicke nicht mehr fühlte. Es hatte sie deutlich gefühlt, trotzdem es so bestaubt und beschmuckt war. Nun begann es, sich kitzelnd zu unterhalten.  
Es waren Stücke, die dem Alter nach sehr verschieden waren. Es waren ganz alte dabei, die eigentlich in die Karitatenkammer gehörten. Es waren auch ganz junge darunter, die nur wenige Jahre auf der Welt waren. Aber in ihrer Erscheinung waren sie sich alle ganz gleich.  
"Sie sind so verrostet," sagte eine Kette teilnahmsvoll zu einem alten Schwerte, "das ist eine sehr schlimme Krankheit. Sie fühlen sich gewiß nicht wohl?"  
Das Schwert seufzte knarrend zwischen Griff und Klinge.  
"Es ist ein altes Leiden," sagte es, "ich habe es schon viele hundert Jahre. Es sind Blutsflecke. Ich habe schreckliche Dinge gesehen auf meinem Lebensweg. Ich ging durch viele Hände. Einer erschlug den andern mit mir. Einer nahm mich dem andern fort, um wieder andere zu erschlagen. Alles Blut und alle Tränen haben sich in mich hineingefressen. Ich habe wenig Ruhe gehabt. Ich bin im Rute gewartet und der das meiste Blut vergossen,

läutete die Glocken mit denselben Händen und nannte das seinen Sieg."  
"Ich bin nur wenige Jahre alt," sagte ein junger Säbel, "aber ich habe ganz dasselbe erlebt."  
"Ich habe andere Siege gesehen," sagte ein alter rostiger Kiesel. "Ich sah Menschen, die gesiegt hatten über sich und die Welt und ihren Gedanken. Sie saßen und verkamen in ihrem Kerker. Aber ihre Gedanken gingen durch die Kerkertür an mir vorbei und gingen hinaus in alle Straßen."  
"Ich bin weit jünger als Sie," sagte ein anderer Kiesel, "aber ich habe dasselbe tun müssen und habe dasselbe gesehen."  
Der Feuergeist in der Esse atmete stärker und der erste Schein der Morgendämmerung zog über das alte Eisen. Es wurde sehr verlegen und bedrückt, denn nun traten die vielen Flecke noch deutlicher hervor als im Lichte des Feuergeistes, der in der engen Esse mühsam atmet. Das alte Eisen sah traurig auf seinen beschmutzten Körper und redete wirr und klagend durcheinander.  
"Ich habe einen Mörder halten müssen," jammerte die Kette, "es war in seiner letzten Nacht. Neben ihm saß ein Mann im Talar und hatte ein Buch in der Hand, auf dem ein goldenes Kreuz draufstand."  
"Ich habe im Schlachthaus arbeiten müssen," sagte ein langes Messer, "ich habe Tausenden von Geschöpfen ins entsetzte Auge gesehen, ehe es erlösch. Ich habe tausend Tierseelen umherirren gesehen in einem Hause voll Blut und Grauen. Dabei war ein Stück von mir früher eine Perle im Rosenkranz eines alten stillen Mannes. Es war in Indien und der alte stille Mann legte den Weg vor sich mit schwachen Armen, um kein Geschöpf zu treten. Er nannte den Wurm seinen Bruder und bat für ihn um den Segen seiner Götter. Er sprach von der Kette der Dinge. Er zeichnete das Hakenkreuz in den Sand und fingerte ergeben seinen Rosenkranz, wenn

der Wind es verwehte. Die fremden Priester aus Europa höhnten den Glauben des alten Mannes."  
"Wir haben jetzt Europa und seine Kultur," sagte der Säbel grimmig und schüttelte eine alberne goldene Troddel ab, die an ihm hing.  
"Wir müssen durch viele Formen wandeln," sagte das Messer, "das weiß ich von dem alten Mann in Indien. Nur weiß ich nicht, in welche wir kommen sollen."  
"In diesen Formen können wir nicht bleiben!" riefen alle durcheinander.  
"Wir sind schmuckig und voller Flecken. Wir wollen ungeschmiedet werden. Wir wollen zum Feuergeist und um eine andere Form bitten. Aber wir wollen nicht warten, bis die Sonne aufgeht. Wir wollen nicht, daß die Sonne uns so findet. Dann scheint sie unsern Schmutz und unsere Flecken. Aber der Schmied wird nicht so bald kommen. Er schläft gewiß noch."  
Da flog ein Funke aus der Esse mitten in das alte Eisen hinein.  
"Der Schmied schläft nicht. Er wird gleich kommen," zischte der Funke, "es ist ein besonderer Schmied. Sein Tagewerk ist vor Sonnenaufgang."  
Dann erlosch der Funke.  
Die Tür tat sich auf und der Schmied kam herein. Es war ein ernster stiller Mann mit traurigen Augen. Das kam von seinem Tagewerk. Er trat den Blasebalg, daß er alle seine Magensäckchen aufklappte und ganz die an-schmoll. Der Feuergeist erwachte in der engen Esse und der Schmied hielt all das alte Eisen ins Feuer. Dann hob er es aus der Feuerkammer und legte es auf den Amboß.  
"Was wird aus uns werden — welche Form — welche Form?" fragte das alte Eisen, und das Messer dachte an den armen alten Mann in Indien.  
Der Schmied schlug zu. Die Funken flogen.  
Er schmiedete nur eine Form, die letzte aller Formen. Er schmiedete die Seele des Eisens.

Es war sein Tagewerk.  
Als es fertig war, stand eine glänzende Pflugschar auf der taufelichten Erde vor der Schmiede.  
Da ging die Sonne auf.  
Es ist leider nur ein Märchen ...  
**Leuchttürme.**  
Eines der wichtigsten Mittel, dem Menschen die Beherrschung des Weltmeeres zu sichern, war von jeher das mit loderndem Feuer gegebene Signal, das als geschürte Feuerhaufen oder mit geschleuderten Feuerbränden dem Schiffer die sichere Fahrtrichtung oder die günstigste Landungsgelegenheit zeigte.  
In denselben Maße, wie sich die Schifffahrt vervollkommen hat, ist auch das Leuchtfeuerwerk vervollkommen worden. Dabei hat jedes Feuer, jedes Licht sein besonderes Kennzeichen, so daß der Schiffsmann auch in der aller-dunkelsten Nacht weiß, an welcher Stelle der Küstennähe sein Fahrzeug fährt, ob Untiefen, Klippen, Strand ihm drohen, wie er fahren soll, um jeder Gefahr zu entgehen.  
Der älteste Leuchtturm der Welt ist bis jetzt unbestritten der Leuchtturm auf der Insel Pharos bei Alexandria (ägyptisches Nildelta). Er wurde 283 vor unserer Zeitrechnung errichtet und war 110 Meter hoch. Der Turm muß also schon ziemlich weit über See sichtbar gewesen sein.  
Den alten Leuchtturm der Ostsee soll die Insel Falsterbo besitzen. Sein Baujahr wird mit 1200 angegeben. Nicht jünger ist der Leuchtturm von Travemünde. Ueberhaupt haben die Hansestädte, wie es ja auch in der Natur der Sache liegt, schon frühzeitig für Leuchtfeuer im Interesse der Schifffahrt gesorgt. Der von Hamburg auf der Insel Neuwerk errichtete Turm stammt aus dem Jahre 1286. Der Leuchtturm der "alten Liebe" bei Cuxhaven blüht gleichfalls auf ein vierhundertjähriges Alter zurück. An den Leuchttürmen von Wangeroo und Stagen sind über drei



